

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 132

SOMMER 1998

DM 1,-

IWF, deutscher Imperialismus: Hände weg von Südostasien!

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Indonesien: Für Arbeiterrevolution!



Reuters

Massenproteste führten zu Suhartos Machtübergabe an Gefolgsmann Habibie, brutale Militärdiktatur bleibt intakt

Suhartos tyrannische Militärdiktatur, die 1965/66 mit dem Abschichten einer halben Million Arbeiter, Bauern, Kommunisten und Menschen chinesischer Herkunft eingeleitet wurde, ist zu Ende. Der Wechsel von Suharto zu seinem Handlanger B.J. Habibie ändert nichts für die verarmten

Massen, die unter der Last der schweren Wirtschaftskrise und grausamer rechter Repression ums Überleben kämpfen. Habibie, der von allen als Übergangsfürer angesehen wird, wurde von den gleichen Militär-Schlächtern eingesetzt, die jahrzehntelang Suhartos Terrorherrschaft durchgesetzt haben.

Inflation und Arbeitslosigkeit, die seit Monaten als Ergebnis der Wirtschaftskrise in Südostasien in die Höhe

- **Nieder mit den Generälen!**
- **Nieder mit den antichinesischen Pogromen!**
- **Für die Unabhängigkeit von Osttimor!**

schießen, führten im ganzen Land zu wachsendem Aufbruch. Die Wut explodierte im Mai, als die Regierung unter dem Diktat des imperialistischen Internationalen Währungsfonds (IWF) die Subventionen für Benzin und andere Bedarfsartikel drakonisch kürzte. Die schrecklich verarmten Massen der Slumbewohner nahmen sich vor allem die Wohnsitze und Geschäfte des Präsidenten, seiner Familie und seiner Kumpane vor. Aber die Plünderungen von Geschäften und Einkaufszentren schwappten auch in mörderische Angriffe gegen chinesische Kaufleute und ihre Wohnungen über. Es gibt klare Anzeichen dafür, daß diese Pogrome vom Regime

Fortgesetzt auf Seite 2

Frauen und Revolution

Indonesien: Arbeiterinnen und der Kampf für sozialistische Revolution Seite 3

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 1

selbst angestachelt wurden, das schon zuvor immer wieder den Zorn der Bevölkerung in antichinesischen Rassismus kanalisiert hat.

Die Imperialisten setzten alle Hebel in Bewegung, um mit den Schlächtern vom Militär den Weg für Suhartos Nachfolge zu ebneten, dessen berüchtigte Korruption weite Schichten der Bourgeoisie und der Mittelklasse gegen sich aufgebracht hatte.

Der neue Präsident B. J. Habibie, ein fanatischer antichinesischer Rassist mit Verbindungen zum deutschen Imperialismus, ist weitgehend eine Kreatur seines Paten Suharto. *Wir warnen: Dieses „reformierte“ indonesische kapitalistische Regime wird ebenso repressiv und blutig sein wie sein Vorgänger und ist ebenso entschlossen, die arbeitenden Massen des Landes für die kapitalistische Krise zahlen zu lassen.*

In den letzten Jahrzehnten hat der gewaltige Zustrom imperialistischer Investitionen das Wachstum eines kämpferischen jungen Proletariats gefördert, das in den vergangenen Jahren wiederholt in Streik getreten ist. In Medan, einer Stadt in Nord-Sumatra, schlossen sich Arbeiter den Studentenprotesten an, und anderswo brachte ein Streik der Fahrer den öffentlichen Nahverkehr zum Stillstand. Bisher jedoch hat das Proletariat als Klasse noch nicht die Kampfarena betreten. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse als unabhängiger revolutionärer Faktor auftritt. Das erfordert die Schmiedung einer internationalistischen Avantgardepartei, die der Aufgabe verpflichtet ist, das Proletariat zur Eroberung der Staatsmacht zu führen.

Im Kampf für die sozialistische Revolution gegen alle Flügel der Kapitalistenklasse muß das Proletariat seinen Platz an der Spitze der arbeitslosen Armen, der ländlichen Massen, der Frauen, der Hunderten von brutal unterjochten ethnischen und nationalen Minderheiten einnehmen. Das ist der einzige Weg, um die Bedürfnisse der Massen befriedigen und den Würgegriff imperialistischer Ausbeutung und Vorherrschaft zerbrennen zu können. Indonesien ist ein klassisches Beispiel von kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung, wo eine moderne kapitalistische Industrie neben ungeheurer Rückständigkeit existiert. Der bolschewistische Führer Leo Trotzki ging von der Erfahrung der russischen Oktoberrevolution 1917 aus und erklärte in *Die permanente Revolution* (1930):

„In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und

halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer *demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung* nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen.“

Eine proletarische Revolution im indonesischen Inselreich würde in ganz Südost- und Ostasien Widerhall finden, wo Hunderte Millionen Werktätige mit der ganzen Gewalt brutaler Ausbeutung unterdrückt werden, die vom IWF aufgezwungen wird. Sie hätte auch eine enorme Auswirkung auf eine proletarisch-politische Revolution in China, wo die nationalistische stalinistische Bürokratie geradewegs auf eine kapitalistische Konterrevolution zusteuert. Die amerikanischen und australischen Imperialisten – die Suharto bis an die Zähne bewaffnet haben – würden sofort versuchen, ihre finanzielle und militärische Macht einzusetzen, um jede Herausforderung der kapitalistischen Klassenherrschaft niederzuschlagen. Deshalb ist der Kampf für ein sozialistisches Asien – für Arbeiterrevolutionen in der gesamten Region, besonders in den imperialistischen Zentren wie Japan und Australien – für proletarische Kämpfer in Indonesien eine Frage auf Leben und Tod.

Südostasien ist heute einer der Schauplätze der wieder-auflebenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern, nicht nur zwischen den USA und Japan, sondern auch dem seit der kapitalistischen Konterrevolution und dem Anschluß der DDR erstarkten Deutschland, das schnell Kapital nach Asien pumpt. Für den Bundesverband der Deutschen Industrie ist Indonesien einer der wichtigsten Handelspartner in Südostasien. Das Handelsvolumen stieg im vergangenen Jahr um knapp 30 Prozent auf 9,2 Milliarden Mark. Dabei ist der in Deutschland ausgebildete Habibie für zahllose deutsch-indonesische Kooperationsabkommen verantwortlich. Viele dieser Geschäfte umfassen Waffenlieferungen und Rüstung: MBB vergab die Lizenz zum Bau von Hubschraubern an Habibies Flugzeugwerk IPTN, HDW verkaufte U-Boote und MAK Systemtechnik erhielt die Ausfuhrgenehmigung für Kleinpanzer. Und General Prabowo, ein Schwiegersohn Suhartos, der bis vor kurzem eine der berüchtigten Elitetruppen-Einheiten kommandierte, wurde in der deutschen Kommandoeinheit GSG 9 ausgebildet. Die SpAD fordert: *IWF, Viertes Reich des deutschen Imperialismus: Blutige Hände weg von Indonesien!*

Wir intervenieren in die Arbeiterklasse für gewerkschaftliche Boykottaktionen gegen Waffenlieferungen des

Fortgesetzt auf Seite 7

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Herbert Adler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 132

SOMMER 1998

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, beigelegt.

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen Spartakist und Women and Revolution (USA)



Indonesien: Arbeiterinnen und der Kampf für sozialistische Revolution

Wir drucken im folgenden in gekürzter und überarbeiteter Fassung die Präsentation ab, die unsere Genossin Margaret Rodda bei Diskussionsveranstaltungen der Spartacist League of Australia Ende März in Sydney und Melbourne gehalten hat. Die vollständige Präsentation ist bereits im Workers Vanguard Nr. 688, 10. April, veröffentlicht worden.

Die Arbeiterklasse muß herrschen – Schmiedet eine trotzkistische Partei!

Indonesien ist ein Pulverfaß. Für die Arbeiterklasse bedeuten die von den imperialistischen Blutsaugern des Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Austeritätsmaßnahmen, noch tiefer in die Verelendung gestürzt zu werden. Millionen sind schon arbeitslos geworden, Bauarbeiter und Industriearbeiter hat es am schlimmsten getroffen. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt offiziell bei 8 Millionen, Mitte 1997 lag sie noch bei 2,5 Millionen. Die vom Staat kontrollierte SPSI (Gesamtindonesische Arbeitergewerkschaft) erwartet, daß die Zahl der Arbeiter, die nicht genügend verdienen, um auch nur den täglichen Bedarf decken zu können, in diesem Jahr auf 40 Millionen ansteigen wird, bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von 90 Millionen. Die Situation wird noch verschärft durch die schlimmste Dürre seit 50 Jahren, was dazu führt, daß Dorfbewohner auf der Suche nach Arbeit in großer Zahl in die Städte wie Jakarta strömen. Die Wirtschaftskrise hat einerseits Arbeiterunruhen hervorgebracht, andererseits aber auch dem Wachstum von islamischem Fanatismus Auftrieb gegeben. Dies hat ernsthafte Konsequenzen nicht nur für die zum großen Teil christliche chinesische Minderheit, die das Opfer von Gewalttätigkeiten und Brandstiftungen durch marodierende Mobs wurde, sondern auch für Arbeiterinnen, die eine zunehmend starke Rolle bei Streiks und Protesten gespielt haben.

Von Thailand und Indonesien bis zu den Philippinen haben hohe imperialistische Investitionen, vor allem durch japanisches Kapital, in den letzten zwei Jahrzehnten ein dynamisches junges Proletariat geschaffen. Dies ist die Kraft, die die bluttriefende Suharto-Diktatur wegfegen kann und genau dafür kämpfen muß; aber das geht nicht dadurch, daß sie ein Bündnis mit einem illusorischen „demokratischen“ Flügel des indonesischen Kapitalismus anstrebt, sondern durch eine sozialistische Revolution gegen die gesamte herrschende Klasse von Kapitalisten und Großgrundbesitzern und gegen deren imperialistische Herren.

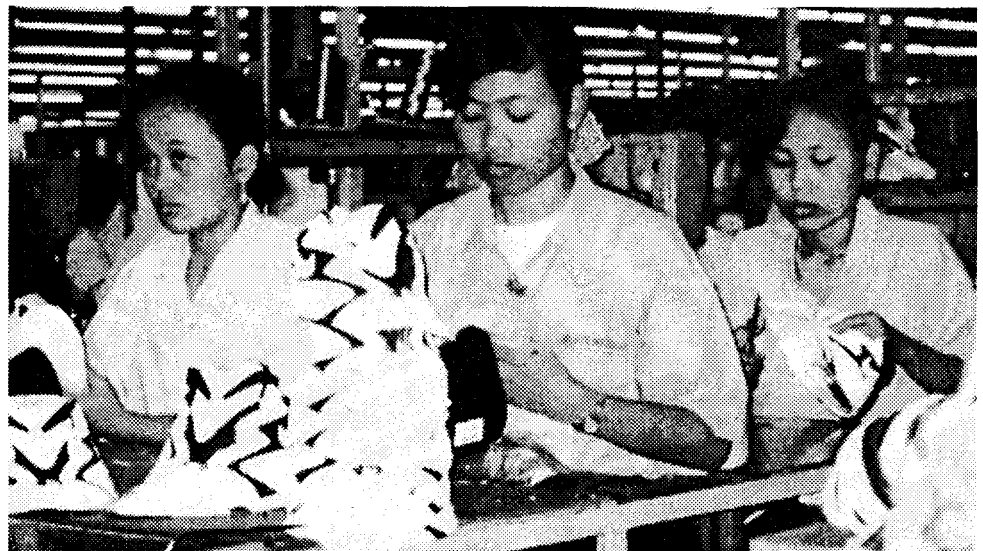
Um diesen Kampf zum Sieg zu führen, muß eine leninistisch-trotzki-

stische Partei geschmiedet werden, die darangeht, die Klassenkämpfe in Indonesien mit denen der Arbeiter in ganz Asien und auf der ganzen Welt zu verbinden. Der Weg zur Emanzipation der Arbeiterklasse in der Region – und damit zugleich der Frauen, der Bauern und der unterdrückten ethnischen nationalen Minderheiten – besteht im Kampf für eine sozialistische Föderation von Südostasien, der verbunden ist mit den Kämpfen für eine proletarische Revolution in Japan, Australien, den USA und anderen imperialistischen Mächten und für proletarisch-politische Revolution in China, um dort die Gefahr der kapitalistischen Restauration zu stoppen.

Die Familie: Wichtigste Stütze der sozialen Reaktion

Frauen haben im letzten Jahrzehnt eine militante Rolle in den Arbeiterkämpfen gegen die Suharto-Diktatur gespielt. Sie haben für das Recht auf Organisation in unabhängigen Gewerkschaften gekämpft, für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, außerdem für das Recht auf Mutterschaftsurlaub. Beispielhaft hierfür ist Marsinah, eine junge Kämpferin, die für Millionen von Frauen und Jugendlichen zur Heldin wurde, als sie nach Arbeiterkämpfen in Ostjava 1993 brutal ermordet wurde. Viele dieser neuen Proletarierinnen sind erst vor kurzem aus Dörfern in die Städte gekommen, weil dort traditionelle Arbeitsplätze durch Mechanisierung ersetzt wurden oder durch immer weiter vordringende Urbanisierung weggefallen sind. Zwar werden diese jungen Frauen in den Fabriken schrecklich ausgebeutet, doch erlangen sie auch gewisse Freiheiten gegenüber den gesellschaftlichen Zwängen des Familien- und Dorflebens, insbesondere was den Zwang angeht, heiraten zu

Fortgesetzt auf Seite 4



Richburg/Washington Post

Nike-Fabrik in der indonesischen Stadt Serang. Superausgebeutete Arbeiterinnen, die während des Wirtschaftsbooms in die Fabriken gegangen sind, sind jetzt von Massenentlassungen bedroht

Indonesische Arbeiterinnen...

Fortsetzung von Seite 3

müssen, was auch arrangierte Ehen einschließt.

Zentrale Bedeutung für die Unterdrückung der Frauen in Indonesien hat, wie in allen Klassengesellschaften, die Institution der Familie – eine wirtschaftliche und soziale Einheit, die die Frauen als abhängige Haussklaven unterjocht und die zusammen mit der organisierten Religion als Hauptstütze der sozialen Reaktion dient. Suhartos Militärregime der „Neuen Ordnung“, das 1965 mit dem schrecklichen antikommunistischen Blutbad an die Macht gekommen ist, bei dem mehr als eine halbe Million Menschen umgebracht worden sind, hat der Bevölkerung ganz massiv die Ideologie eingepflegt, daß Frauen sich auf die Rolle als Ehefrau und Mutter zu beschränken haben. 1974 verabschiedete die Regierung ein nationales Ehegesetz, das in seiner ursprünglichen Form bei islamischen Führern allgemeinen Aufruhr hervorrief, weil damit die Abschaffung der Polygamie und die Schwächung der Rolle der islamischen Gerichte drohte, die sich hauptsächlich mit Familienrecht und Erbschaftsfragen befassen. Um die Islamisten zu beschwichtigen, schrieb das endgültige, revidierte Gesetz die Rolle der islamischen Gerichte fest und weitete sie noch erheblich aus; so erlaubte es auch die Institution der Polygamie, wenn auch etwas eingeschränkt. Das Gesetz schrieb auch die Rolle der Ehefrau als Hausfrau in der Familie fest, sowie die Rolle des Mannes als Beschützer und Ernährer der Familie.

Von zentraler Bedeutung für diese ideologische Kampagne des Regimes waren die von der Regierung kontrollierten Frauenorganisationen wie Dharma Wanita und besonders die PKK (Bewegung für das Wohl der Familie), die sowohl die städtischen als auch die ländlichen Gebiete im ganzen indonesischen Inselreich durchdringen. Diese Organisationen verbreiten die Doktrin „Panca Dharma Wanita“ (Fünf Pflichten der Frauen). Diese ergänzt die Doktrin „Panca Sila“, die seit der Zeit von Sukarno propagiert wird, der Indonesiens erster nationalistischer Herrscher war, nachdem dieses 1948 die Unabhängigkeit von den Niederländern erlangte. Während die Doktrin „Panca Sila“ die fünf „Grundsätze“ vom Glauben an einen Gott, von Humanismus, Patriotismus, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit aufgestellt hat, erklärt die Doktrin „Panca Dharma Wanita“ die fünf grundlegenden Rollen, auf denen die Unterdrückung der Frauen in der Familie beruht: als Partnerin und Unterstützerin des Ehemanns, Verantwortliche für den Haushalt, Produzentin künftiger Generationen, Verantwortliche für die primäre Sozialisation der Kinder und indonesische Staatsbürgerin.

Gleichzeitig haben die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung die Regierung dazu veranlaßt, Frauen zu ermutigen, außerhalb des Haushalts Arbeit aufzunehmen, auch wenn sie weiterhin ihre Hauptrolle innerhalb der Familie ausfüllen sollen. Der steigende Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung ging zumindest für eine bestimmte Schicht von Frauen mit einem besseren Zugang zum Bildungssystem einher und war verbunden mit sinkenden Geburtenraten, einem höheren Heiratsalter und einer größeren Mobilität in der Bevölkerung.

Imperialistische Kapitalinvestitionen haben ebenfalls zum Entstehen eines städtischen und ausgebildeten, wenn auch hochgradig ausgebeuteten, Proletariats geführt, besonders in der verarbeitenden Industrie. 20 Millionen Arbeiter leben in städtischen Regionen wie dem Industriegürtel Jakarta-Bogor-Tangerang-Bekasih. Frauen, besonders diejenigen, die aus den Dörfern kommen und nur ein niedriges Bildungsniveau haben, stellen in solchen Regionen die Masse der suprausgebeuteten Arbeiter in den Fabriken, die Gefängnissen ähneln. Trotz solcher höllischen Bedingungen

bedeutet die Möglichkeit für Frauen, außerhalb ihres Zuhauses zu arbeiten, daß ihre Beziehung zu männlichen Arbeitern zunehmend eine von Genossen im Klassenkampf wird, statt Haussklavinnen zu sein, die von der Welt abgeschottet sind.

Der Kampf für die Befreiung der Frauen ist verbunden mit dem proletarischen Klassenkampf zum Sturz des Systems der kapitalistischen Ausbeutung. Wir kämpfen dafür, den patriarchalischen Praktiken ein Ende zu setzen, durch die Frauen unterdrückt werden, wie dem System der Polygamie und dem Brautpreis – ein Erbe der sozialen Rückständigkeit, das heute von religiösen Reaktionären im Bund mit den kapitalistischen Herrschern aufrechterhalten wird. Die Frauenbefreiung kann nur erreicht werden durch eine sozialistische Revolution, die auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausgeweitet wird. In einer sozialistischen Planwirtschaft wird die Familie als soziale Einheit ersetzt werden durch die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und der Haushaltspflichten. Erst dann können die Menschen frei und ohne wirtschaftlichen Zwang persönliche Beziehungen eingehen. Wie bei der Russischen Revolution 1917 werden die Arbeiterinnen an der Spitze des Kampfes gegen die kapitalistische und halbfeudale Versklavung in Indonesien stehen.

Kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung für alle!

Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Frauen in Indonesien ist die Abtreibung, die illegal ist. Dies wurde Anfang dieses Jahres deutlich, als eine Reihe von Ärzten und Schwestern verhaftet wurden, weil sie Abtreibungen durchgeführt hatten; ihre Kliniken wurden geschlossen und Unterlagen beschlagnahmt. Gleichzeitig sollen Abtreibungen bei Frauen aus der Mittelklasse nicht ungewöhnlich sein, die größere Bildungsmöglichkeiten und ein gewisses Maß an persönlichen Freiheiten haben, und auch das Geld, um den Eingriff bezahlen zu können. Für arme Frauen und Frauen aus der Arbeiterklasse ist der Zugang zu kostenloser, sicherer Abtreibung eine explosive Frage. Schwangerschaft außerhalb der Ehe ist mit einem riesigen Stigma verbunden, nichteheliche Kinder und ihre Mütter werden von der Gesellschaft ausgegrenzt. Laut einem Bericht im *Sydney Morning Herald* (3. Januar) ergaben Statistiken von 1994, daß in Indonesien von jeweils 100 000 Frauen 450 während der Schwangerschaft starben – die höchste Sterberate von schwangeren Frauen in ganz Südostasien. 16 Prozent dieser Todesfälle sollen auf unsachgemäße Abtreibungen zurückgehen.

Der Kampf für das Recht auf kostenlose Abtreibung ist eng verbunden mit dem Kampf für eine kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung für alle. Die medizinische Versorgung in Indonesien ist schlecht, selbst gemessen am Standard für sogenannte „Entwicklungs“länder. Neben sehr hohen Todesraten bei der Geburt gibt es eine hohe Kindersterblichkeitsrate. Auf dem Land sind rund 80 Prozent der schwangeren Mütter und der Kinder unter fünf Jahren unterernährt. Diese Situation hat sich durch den Zusammenbruch der Rupiah und die drastisch steigenden Kosten für Güter wie zum Beispiel Artikel zur medizinischen Versorgung noch verschärft.

Mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Millionen ist Indonesien das viertgrößte Land der Welt und eines der am dichtbesiedeltesten Länder. Das Suharto-Regime verfolgt ein aggressives Programm zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums, von dem alleinstehende Frauen ausgenommen sind. Zwar gibt es im Rahmen des Regierungsprogramms KB (Keluarga Berencana) kostenlose Verhütungsmittel für verheiratete Frauen, aber viele konnten nur durch Drohun-

gen oder Bestechung dazu gebracht werden, mitzumachen. Dieser Druck wird noch verstärkt durch die Einbeziehung des indonesischen Militärs (ABRI) in das Programm als Teil seiner sogenannten „Doppelfunktion“ in militärischen und zivilen Angelegenheiten – eine Vorgehensweise, mit der wiederholt der blutige Militärterror entfesselt wurde, um die Bevölkerung in die Schranken zu weisen und zu unterdrücken.

Ein weiterer Aspekt des Programms zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums ist die „Transmigrations“-Politik der Regierung, wobei landlose Arme aus dicht besiedelten Gebieten, besonders auf Java, umgesiedelt werden in weit abgelegene Gebiete mit ethnisch anderer Bevölkerung, wie Irian Jaya und Osttimor. Diese Politik hat die schon seit langem vorhandenen ethnischen und religiösen Spannungen noch angeheizt. Zum Beispiel kämpft die Bevölkerung von Osttimor seit 1975 für ihre Unabhängigkeit gegen die völkermörderische indonesische Militärbesetzung. Mehr als 200 000 Menschen in Osttimor – ein ganzes Drittel der Bevölkerung – sind seither umgekommen, sei es durch direkten Mord, wie das Massaker an mehr als 200 Demonstranten 1991 in Dili, der Hauptstadt Osttimors, oder als Folge von Krankheiten und Unterernährung.

Die Kindersterblichkeit in Osttimor gehört zu den fünf höchsten der ganzen Welt. Die Bevölkerung von Osttimor leidet in hohem Maße an Unterernährung, TB, Malaria und Geschlechtskrankheiten. Schreckliche wirtschaftliche Verhältnisse haben junge Frauen in die Prostitution oder zur Zwangsheirat getrieben. Die Frauen in Osttimor, die zum großen Teil katholisch sind und Geburtenkontrolle aus religiösen Gründen ablehnen, werden häufig dazu gezwungen, ihr Einverständnis dazu zu geben; man schüchert sie ein, wenn sie Gesundheitseinrichtungen aufsuchen, wo Ärzten und Schwestern oft Soldaten zur Seite stehen. Weit verbreitet ist die Befürchtung, daß Sterilisationen und Injektionen durchgeführt werden, von denen die Betroffenen nicht in Kenntnis gesetzt werden, so zum Beispiel, als an einer weiterführenden Schule nur den Schülerinnen Spritzen gegeben wurden, die angeblich gegen Tetanus schützen sollten. Eine solche Barbarei unterstreicht die sehr reale Furcht der Menschen in Osttimor, daß die indonesische Regierung vorhat, ihr Volk zu vernichten.

Nur ein revolutionärer Sturz des existierenden Systems des kapitalistischen Imperialismus kann überhaupt erst anfangen, gegen die Unterdrückung, Erniedrigung und das Elend von Frauen vorzugehen sowie die Rechte und die Emanzipation der nationalen Minderheiten im ganzen Inselreich durchzusetzen. Indonesien ist ein Völkergefängnis – es leben dort rund 300 verschiedene ethnische und nationale Gruppierungen, die unter der Unterdrückung durch das bürgerliche Regime leiden, dessen Machtbasis die Insel Java ist. Besonders hervorzuheben sind die Unabhängigkeitskämpfe in Aceh im Norden Sumatras und des Volkes von Irian Jaya sowie der Kampf des Volkes von Osttimor. Wir fordern die sofortige Unabhängigkeit für Osttimor.

Islam als politischer Faktor

Rund 90 Prozent der 203 Millionen Einwohner Indonesiens bezeichnen sich selbst als Moslems, Indonesien ist damit das größte islamische Land der Welt. Besonders auf Java jedoch, wo islamische Glaubensvorstellungen mit vorher existierenden animistischen, hinduistischen und buddhistischen Traditionen verschmolzen wurden, wird ein Großteil der Moslems als „Abangun“ (nominelle Moslems) bezeichnet. Neben den „Abangun“ gibt es noch die „Santri“ (fromme Moslems). Annähernd 56 Millionen gehören zu zwei Organisationen, die die Hauptströmungen der Santri-Moslems widerspiegeln: die traditionalistische Nahdlatul Ulama, die sich auf die ländlichen Islam-Schulen namens „Pesantren“

stützt, und die städtische „modernistische“ Organisation Muhammadiyah. Infolge der weitverbreiteten Verärgerung in den neuen Mittelklassen über Vetternwirtschaft, Kumpagnei und Korruption der Suharto-Clique hat es eine zunehmende „Santrifizierung“ der Abangun-Moslems gegeben.

Das Suharto-Regime hat eine spezielle Beziehung zu den „Modernisten“ aufgebaut, was sich in Verschiebungen in der Armeeführung niederschlug und in der Gründung der Indonesischen Vereinigung Muslimischer Intellektueller (ICMI) 1990 unter der Führung von Suhartos Vizepräsidenten Habibie. Suharto hat auch versucht, den Interessen konservativer Moslems nachzukommen, indem er den Status der islamischen Gerichte erhöht hat und Gesetze verabschieden



Andrew Buurman

Islamische Studenten vor dem Parlament in Jakarta. Islamische Reaktion verschärft Frauenunterdrückung und schürt rassistischen Terror gegen die vorwiegend christliche chinesische Minderheit

ließ, die zum Beispiel religiöse Erziehung zum Pflichtfach an den Schulen machten. Ende der 80er Jahre durften Standesämter keine Hochzeiten mehr durchführen, wodurch Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher Religion praktisch unmöglich wurden. Der Aufstieg des Islam zu einem politischen Faktor in Indonesien kann nur der einer reaktionären Kraft sein. Es ist notwendig, für die Trennung von Staat und Religion und gegen die theokratische Reak-

Fortgesetzt auf Seite 6



Schulung der Spartakist-Jugend

**Für die Wiederschmiedung
der Vierten Internationale!**

Berlin

Donnerstag, 16. Juli 1998, 18.00 Uhr
Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 202
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Hamburg

Donnerstag, 9. Juli 1998, 18.30 Uhr
Teestube im Pferdestall
Hamburger Universität, Allende-Platz 1
Kontakt: (040) 32 36 44

Indonesische Arbeiterinnen...

Fortsetzung von Seite 5

tion zu kämpfen, dazu gehört auch, sich jeder Diskriminierung von religiösen Minderheiten entgegenzustellen.

In den letzten Jahren hat es eine zunehmende Zahl von gewalttätigen Angriffen islamischer Mobs auf sino-indonesische und christliche Kirchen gegeben, zum Beispiel die Angriffe, die in Ortschaften um Tasikmalaya in Westjava 1996 vorgekommen sind. Heute wird die chinesische Minderheit, zu der auch eine unerhört reiche Elite gehört, zum Sündenbock für die Wirtschaftskrise gemacht, die ganz Südostasien heimgesucht hat. Im britischen Fernsehprogramm *ITN World News* gab es neulich einen Bericht, daß zumindest eines der Pogrome, die es in letzter Zeit gegen Chinesen gegeben hat, nämlich das in der Stadt Praya auf der Insel Lombok, von Sicherheitskräften der Regierung organisiert worden ist. Im Anschluß an die Angriffe sind viele Chinesen, die dort wohnten, einfach geflohen, zu sehr verängstigt, um ihre Läden wieder aufzumachen. Moslemische Ladenbesitzer, die von *ITN* interviewt wurden, beschrieben, daß sie von Bullen vorher gewarnt worden waren, man hatte ihnen geraten, sich an jenem Tag vom Markt fernzuhalten.

Die Angriffe auf Chinesen erreichen zur Zeit ein Niveau, das es seit 1965 nicht mehr gegeben hat. Solange es keine revolutionäre proletarische Partei gibt, die die Arbeiter über ethnische und nationale Linien hinweg vereint, wird die Unzufriedenheit wahrscheinlich noch weiter in Richtung Pogrome umgelenkt werden. Jedes Auftreten von antichinesischem Chauvinismus muß entschieden bekämpft werden durch klassenbewußte Arbeiter in ganz Indonesien. Nieder mit antichinesischem Terror!

Für permanente Revolution!

Genauso wie die Niederländer während ihrer Kolonialzeit in großem Umfang Reichtümer aus Indonesien plünderten, ist das Land heute eine reiche Quelle für Superprofite für die Imperialisten, wo verelendete Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken, auf den Ölfeldern und Gummipflanzungen brutal ausgebeutet werden. Besonders in Java, wo wirtschaftlich nutzbare Flächen knapp sind, hat die Expansion der Industrie den ländlichen Sektor umgewandelt und bäuerliche Haushalte durch Entwicklungsprojekte verdrängt. Ein Ergebnis davon ist die erhebliche Entvölkerung der Dörfer, besonders was Frauen angeht. Diejenigen aus den ländlichen Gebieten, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen, können nicht übersehen, daß es einen tiefen Graben zwischen den Reichen und den Armen gibt. Allein in Jakarta leben Millionen in Elendsvierteln ohne fließendes Wasser oder Elektrizität.

Indonesien ist ein Land, wo Leo Trotzki's Theorie und Programm der permanenten Revolution offensichtlich anwendbar ist. Die Russische Revolution von 1917 zeigte für Länder wie Indonesien den Weg vorwärts. Unter der Führung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki wurde die kapitalistische Klasse enteignet und ein Arbeiterstaat auf der Grundlage einer geplanten kollektivierten Wirtschaft errichtet – die Vorbedingung für eine egalitäre sozialistische Gesellschaft. Dies geschah in einem Land mit einer kleinen, aber sozial konzentrierten Arbeiterklasse, wo es darüber hinaus eine große rückständige Bauernschaft und viele nationale Minderheiten gab.

Die bolschewistische Revolution stellte einen enormen Schritt vorwärts dar, besonders für Frauen. Die neue sowjetische Regierung schaffte sofort alle Hindernisse für die Gleichheit der Frauen vor dem Gesetz ab, sie bekamen das Wahlrecht, Heirat und Scheidung wurden zu einer einfachen Erklärung auf dem Standesamt, Abtreibung wurde legalisiert und Diskriminierung gegen Homosexuelle ver-

boten. Es wurden Kinderbetreuungseinrichtungen und öffentliche Kantinen und Wäschereien eingerichtet, um die Frauen von der Plackerei im Haushalt zu befreien.

Aber in einem isolierten rückständigen Land konnten diese Anstrengungen nur andeutungsweise die Möglichkeiten für Frauen aufzeigen, wenn die sozialistische Revolution auf die fortgeschritteneren Industrieländer hätte ausgeweitet werden können. 1923/24 riß eine sich konsolidierende konservative Bürokratie, angeführt von Stalin, die Macht durch eine politische Konterrevolution an sich. Unter dem nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land“ stellte sich die stalinistische Bürokratie dem Kampf für die internationale Ausweitung der Revolution entgegen. Sie glorifizierte die Rückständigkeit des jungen Sowjetstaates und machte viele der bolschewistischen Maßnahmen zur Befreiung der Frauen wieder rückgängig. Von der stalinistischen Bürokratie stranguliert, wurde die Sowjetunion schließlich durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 zerstört. Dies war ein enormer Rückschlag für die Arbeiter und Unterdrückten in der ganzen Welt. Es ist jedoch nicht der Kommunismus, der in der Sowjetunion gestorben ist, sondern seine nationalistische Perversion, der Stalinismus. Heute erheben wir die Forderung nach neuen Oktoberrevolutionen – der einzigen Lösung für die Kriege und die Armut, die im Kapitalismus begründet sind.

Für proletarischen Internationalismus!

Indonesien hat wegen seiner strategischen Lage eine besondere Bedeutung für die Imperialisten. Die Malakkastraße, die Meerenge zwischen der indonesischen Insel Sumatra und der Halbinsel Malakka mit Singapur, stellt die schnellste Seeverbindung zwischen dem Pazifischen Ozean und dem ölreichen Persischen Golf dar. Wenn es zu imperialistischen Konflikten kommt, wird die Kontrolle über die Meerenge eine zentrale Bedeutung haben. Indonesien ist auch der größte Öllieferant für Japan außerhalb des Nahen Ostens, und 90 Prozent von Japans Ölimporten passieren indonesische Gewässer. Die Appetite des japanischen Imperialismus in bezug auf Indonesien werden von der Erinnerung an die US-Seeblockade gegen Ölimporte verstärkt, wodurch sich Japan gezwungen sah, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten.

Politische Gruppen, die einfach nur der linke Flügel der bestehenden kapitalistischen Ordnung sind, können keinerlei Perspektive anbieten für die Befreiung der Frauen und auch für niemanden sonst. Als Teil des Kampfes zur Schmiebung einer revolutionären Avantgardepartei der Arbeiterklasse versuchen wir, die fortgeschrittensten Arbeiter für das Verständnis zu gewinnen, daß die politische Unabhängigkeit des Proletariats von der herrschenden Klasse eine notwendige Vorbedingung für erfolgreiche Kämpfe gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Wir streben an, eine internationalistische revolutionäre Partei aufzubauen, die als Volkstribun handelt und das Proletariat zur Verteidigung aller Unterdrückten gegen den gemeinsamen Klassenfeind mobilisiert. Besonders in Asien ist der Kampf für die Emanzipation der Frauen ein Schlüsselement dieser Perspektive. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die volle Integration der Frauen als Arbeitskräfte. Wir treten für die vollständige Gleichstellung der Frauen ein. Die Abschaffung der Unterdrückung der Frauen erfordert einen enormen Schritt vorwärts über die existierenden materiellen Bedingungen hinaus. Und dies kann nur erreicht werden durch sozialistische Revolution, die zur Schaffung einer *international geplanten Wirtschaft* führt mit dem Ziel, die Produktion weltweit so stark zu steigern, daß die Bedürfnisse aller erfüllt werden können. Schmiedet die Vierte Internationale wieder, die Weltpartei der sozialistischen Revolution! ■

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 2

deutschen Imperialismus an bluttriefende neokoloniale Regime wie in der Türkei oder das blutige indonesische Militär. Solidaritätsaktionen mit den indonesischen Massen haben besonders unter den australischen Hafearbeitern eine lange Tradition: vom Boykott niederländischer Lieferungen während des indonesischen Unabhängigkeitskampfes 1940 bis zum Boykott 1996 für die Befreiung der verhafteten indonesischen Arbeiterführer. Internationale Solidarität mit den indonesischen Arbeitermassen erfordert einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, die die Ziele ihrer imperialistischen Herren unterstützen. Während sich die imperialistischen Rivalitäten verschärfen, kämpfen wir dafür, daß die Arbeiter in Deutschland, USA, Japan und Australien verstehen, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht!

Der „Volksmacht“-Schwindel

Mit Bergen von Propaganda haben Sprecher der Imperialisten die „Volksmacht“-Bewegung gepriesen, die 1986 zur Einsetzung von Corazon („Cory“) Aquino auf den Philippinen führte, und diese als Vorbild für Indonesien dargestellt. Tatsächlich wurden die „Volksmacht“-Mobilisierungen auf den Straßen, die vom mächtigen katholischen Klerus massiv unterstützt wurden, als Hebel benutzt, um Ferdinand Marcos unter Federführung der USA abzusetzen und eine glaubwürdigere und verlässlichere Regierung einzusetzen. Aquino hatte mit ihrem „Volksmacht“-Schwindel nur deshalb Erfolg, weil sich unter direktem Druck aus Washington zwei hohe Militärführer – der Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der Armeestabschef Fidel Ramos – auf ihre Seite schlugen. Als Ergebnis davon haben die Imperialisten die Kontrolle über ihren halbkolonialen Klientenstaat konsolidiert.

Mit Aquino, die dem Landadel angehört und eine der größten Grundbesitzer des Landes ist, hatte Washington eine bereitwillige Kandidatin mit tadellosen antikommunistischen Referenzen, deren loyale Unterwerfung unter das US-Diktat schon erprobt war. Ihr Ehemann Benigno, der 1983 in Manila ermordet wurde, war seit langer Zeit von der CIA als potentieller Ersatz für das mehr und mehr verabscheute Marcos-Regime aufgebaut worden. Die philippinischen Massen sind heute genauso ausgebeutet und unterdrückt wie unter Marcos. Die militärischen Schlächter, die in Marcos' Diensten standen, haben ihre Posten behalten. Die städtischen und ländlichen Massen gehören zu den ärmsten in ganz Südostasien. Die unzähligen nationalen und religiösen Minderheiten, besonders im überwiegend islamischen Mindanao, leiden weiterhin unter der Brutalität des Polizeistaatsterrors.

Klassenkollaboration: Der Weg in die blutige Niederlage

„Oppositions“politiker wie Megawati Sukarnoputri – Tochter des Nationalistenführers Sukarno – und der Moslem-Führer Amien Rais haben als Stützen der Suharto-Militärdiktatur gedient. Dennoch gibt es allgemein Illusionen in solche Gestalten, und diese Illusionen sind ein Hindernis für die Mobilisierung des indonesischen Proletariats. Eine syphilitische Kette verbindet diejenigen, die behaupten, für die proletarischen und plebejischen Massen zu sprechen, mit der bürgerlichen „Opposition“ von Megawati und Rais, die wiederum auf einen Flügel des Militärs schauen. So ruft die linksnationalistische People's Democratic Party (PRD) explizit zu einem Bündnis mit Megawati und der islamischen PPP auf. Typisch für die Rolle der „gemäßigten“ islamischen Führer ist Rais – Vorsitzender der 28 Millionen



Reuter

Kohl-Besuch bei Schlächter Suharto im Oktober 1996. Seit der Konterrevolution drängt der deutsche Imperialismus massiv auf asiatische Märkte, diktiert zusammen mit IWF Angriffe auf unterdrückte Massen

starken Muhammadiyah –, der an die Armee appelliert, „die Interessen der Nation“ zu schützen, und sie als „Rückgrat der Gemeinschaft“ bejubelt (*Jakarta Post*, 18. April).

Es ist nur natürlich, daß diese bürgerlichen Politiker auf die Schlächter vom Militär schauen, die „die Interessen der Nation schützen“ sollen. Aber diejenigen, die unter den Arbeitern und Armen eine solche Perspektive verbreiten, führen sie in eine Wiederholung der blutigen Niederlage von 1965/66. Suharto kam durch ein antikommunistisches Massaker an die Macht, das vom Militär und den reaktionären islamischen Banden unter direkter Beteiligung der amerikanischen CIA und ihrer australischen Bluthunde ausgeführt wurde. Durch den Terror, der im Oktober 1965 begann, wurde die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) vernichtet, die mit drei Millionen Mitgliedern und 14 Millionen Unterstützern in Gewerkschafts-, Bauern-, Frauen- und Jugendorganisationen die größte KP in der kapitalistischen Welt gewesen ist.

Dieses entsetzliche Blutbad zeigt eindringlich die tödlichen Gefahren der Klassenkollaboration. Die Geschichte hat wiederholt bewiesen – von der Niederlage der Chinesischen Revolution 1925–27, in Blut ertränkt durch Chiang Kai-sheks Guomintang-Nationalisten, bis zum Sturz von Allendes Volksfront-Regierung durch das chilenische Militär 1973 –, daß dieses Programm den Massenmord an Kommunisten und Arbeitern bedeutet.

Die PKI stützte sich auf das menschwistische/stalinistische Schema der Revolution in „Etappen“ – das darauf hinausläuft, in der ersten „Etappe“ die bürgerlichen Nationalisten an die Macht zu bringen, und das mit dem Massaker an Arbeitern und Kommunisten endet – und stellte sich gegen den Kampf für die proletarische Revolution. Sie predigte „nationale Einheit“ mit den bürgerlich-nationalistischen Herrschern, den islamischen Institutionen und den Offizieren und erhielt dafür eine Reihe von Ministerposten in Sukarnos Regierung. Die PKI übernahm Sukarnos Strategie des „Nasakom“ – ein Bündnis von bürgerlichen Nationalisten, islamischen Gruppen und „Kommunisten“. Sie verbot Streiks, unterdrückte Bauernproteste und verpflichtete sich, „die Kooperation zwischen dem Volk und

Fortgesetzt auf Seite 8

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 7

den Streitkräften, besonders der Polizei“ zu verstärken; damit stärkte die PKI genau den Unterdrückungsapparat, der später gegen sie selbst losschlug.

Dieses Regime war ein Musterbeispiel für eine Volksfront, eine Koalition der Klassenkollaboration, in der das Proletariat und die Unterdrückten an den Klassenfeind gekettet sind. Als bei einem konterrevolutionären Putsch im Oktober 1965 unter Führung Suhartos die Generäle zuschlugen, mit Unterstützung des Imperialismus, und die PKI enthaupteten, waren die indonesischen Massen politisch, organisatorisch und militärisch entwaffnet. Als Unterdrückungsmaßnahme wurden reaktionäre islamische Fundamentalisten gegen die PKI, deren Verbündete und die chinesische Minderheit losgelassen.

Viele Tausende Menschen chinesischer Herkunft wurden 1965/66 abgeschlachtet. Heute sind Menschen chinesischer Herkunft aus dem politischen System, dem öffentlichen Dienst und dem akademischen Leben praktisch verbannt. Gleichzeitig hat der sagenhaft reiche Suharto-Klan seine Interessen auf das engste mit einer winzigen chinesischen Elite verknüpft, die etwa 70 bis 80 Prozent der Wirtschaft des Landes kontrolliert. Dies wurde dazu benutzt, alle Menschen chinesischer Herkunft – eine hauptsächlich christliche Minderheit, die in diesem größten islamischen Land der Welt weniger als 5 Prozent der Bevölkerung ausmacht – zum Sündenbock für die bittere Armut der indonesischen Massen zu stempeln. Aber in ganz Südostasien sind Menschen chinesischer Herkunft ein wichtiger Teil des Proletariats und haben historisch eine führende Rolle bei Arbeiterkämpfen gespielt. Die Londoner *Sunday Times* (17. Mai) gibt Hinweise darauf, daß die gleiche Kostrad-Militäreinheit, die, wie man allgemein annimmt, für den Mord an den Studenten der Trisakti-Universität verantwortlich ist, auch die treibende Kraft bei den Überfällen auf chinesische Wohnungen und Läden in Jakarta war. Indonesische Arbeiter müssen für die Verteidigung der verfolgten chinesischen Minderheit eintreten als Teil des Kampfes gegen ihre bluttriefenden kapitalistischen Herrscher.

Um den Plänen der Imperialisten, der bürgerlichen „Opposition“ und des Militärs entgegenzutreten, die nach Suhartos Abgang ein neues Polizeistaatsregime durchsetzen wollen, kämpfen wir gegen das Verbot von politischen Parteien und rufen zu einer *revolutionären verfassungsgebenden Versammlung* auf. Trotzki erhob diese Losung für China nach der Niederschlagung der Revolution 1925–27 durch die bürgerlich-nationalistische Guomindang und erklärte, wie der Kampf für eine verfassungsgebende Versammlung mit der Perspektive der proletarischen Macht verbunden werden muß:

„Die Kommunistische Partei kann und muß die Forderung nach einer mit allen Vollmachten versehenen konstituierenden Versammlung aufstellen, die auf der Basis des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts gewählt wird. Während der Agitation für diese Losung wird sie natürlich den Massen darlegen, daß eine solche Versammlung wohl kaum zustande kommen wird, und daß sie, sollte sie doch zustande kommen, machtlos wäre, solange sich die materielle Gewalt in der Hand der Guomindang-Generalität befindet.“

Im letzten Jahrzehnt ist eine Anzahl unabhängiger Gewerkschaften entstanden, aber das Regime konnte nicht einmal die zahmste „Opposition“ zulassen, und indonesische Gefängnisse sind voll mit Gewerkschaftsführern und anderen Dissidenten. Am 26. Mai setzte Habibie den Gewerkschafter Muchtar Pakpahan von der Indonesian Workers for Prosperity Union (SBSI) auf freien Fuß und kündigte die

Legalisierung der SBSI an. Aber andere Aktivisten wie Dita Sari vom Indonesia Center for Labor Struggle, Budiman Sudjatmiko von der PRD und Xanana Gusmao, ein Führer aus Osttimor, leiden immer noch im Gefängnis, ebenso wie PKI-Mitglieder, die mehr als 30 Jahre im Gefängnis verbracht haben. Freiheit für die PKI-Gefangenen! Freiheit für alle gefangenen Linken und Gewerkschafter!

Schmiedet eine leninistisch-trozkistische Partei!

Wenn man es nur begrenzt aus der Sicht des indonesischen Inselreichs betrachtet, mögen die Aussichten auf die Konsolidierung einer proletarischen Herrschaft wegen der imperialistischen Feindschaft düster erscheinen. Aber angesichts des ökonomischen Aufruhrs in der Region, besonders in Thailand und Malaysia – das starke sprachliche und kulturelle Verbindungen mit Indonesien hat –, wäre eine sozialistische Revolution in Indonesien ein Funke für den Klassenkampf in den ganzen Pazifik-Anrainerstaaten. Die Bande, die das Proletariat dieser Länder vereinen, verkörpern sich in den Millionen von immigrierten Arbeitern dieser Region. In Südkorea begehrt die kämpferische Arbeiterklasse gegen die Aussicht von Millionen Entlassungen auf. Am 27. Mai streikten 120 000 Arbeiter im ganzen Land gegen die massive Arbeitsplatzvernichtung, die vom IWF gefordert wird. Auch in Japan, dem industriellen Machtzentrum der Region, ist das Proletariat mit Massenentlassungen konfrontiert, während die Bourgeoisie versucht, einen sich verstärkenden ökonomischen Niedergang und eine Finanzkrise aufzuhalten, und in Australien haben Arbeiter erlebt, wie ihre Gewerkschaften zerstört wurden, während die Kapitalisten ein Job-Massaker durchführen.

Das Schicksal der indonesischen Massen ist besonders mit den Ereignissen in China verbunden. Die Bürokratie in Beijing trug die direkte Verantwortung für den katastrophalen Kurs der maoistischen PKI: ein Verrat an der sozialistischen Revolution, der bewirkte, daß der chinesische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat nur weiter isoliert wurde. Jetzt drängen die chinesischen Stalinisten mit aller Macht auf die Restauration des Kapitalismus und rufen damit eine Welle von Arbeiterkämpfen hervor. Der Kampf für die proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und die kapitalistische Konterrevolution zu stoppen, steht im Zentrum jeder revolutionären Perspektive in der Region. Es ist von zentraler Bedeutung, daß proletarische Kämpfer in Indonesien und anderen Ländern zur bedingungslosen militärischen Verteidigung von China und den anderen deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Vietnam und Kuba – gegen kapitalistische Angriffe und innere Konterrevolution aufrufen.

Es steht außer Frage, daß PRD-Aktivisten Mut bewiesen haben, als sie gegen das blutige Suharto-Regime vorgingen, aber sie propagieren ein *nationalistisches* Programm, in dem das Wort Sozialismus noch nicht einmal vorkommt und wo versucht wird, die indonesischen Werktätigen an einen illusorischen „demokratischen“ Flügel der Bourgeoisie zu ketten. Ihre gelegentlichen Aufrufe zur Unabhängigkeit für Osttimor haben die Form von Appellen an die imperialistischen Vereinten Nationen, daß diese ihre Schwindel-Resolutionen einhalten sollten. Zum Beispiel ruft die PRD in ihrer „Resolution zu Osttimor“ von 1996 nicht zum sofortigen Rückzug der blutigen Besatzungstruppen auf, sondern dazu, „militärische Operationen und die Verwaltung in Osttimor zu verringern“. Aber ohnehin wird all dies Lügen gestraft durch die tatkräftige Unterstützung der PRD für die javanische Chauvinistin Megawati, die verlangt, das Territorium als Indonesiens 27. Provinz einzugliedern. Wir sagen: Unabhängigkeit für Osttimor!

Fortgesetzt auf Seite 23

FPR/IG: Pabloistische Deserteure aus der LTF

Der Kampf für eine französische Sektion der IKL

Der folgende Artikel ist übersetzt aus Le Bolchévik, Zeitung der Ligue trotskyste de France (Nr. 145, Frühjahr 1998). Wir drucken hier eine leicht gekürzte Fassung ab.

LE BOLCHEVIK

Am 26. Januar hat das Zentralkomitee der Ligue trotskyste de France (LTF), französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), zwei Mitglieder wegen Verstoßes gegen unsere leninistische Parteidisziplin ausgeschlossen. Diese zwei Ex-Mitglieder, die sich sechs Wochen zuvor zur „Fraktion Permanente Revolution“ (FPR) erklärt hatten, weigerten sich, mit einer Kontrollkommission zu sprechen, die eingesetzt worden war, um ihre offenkundige Zusammenarbeit mit einer politisch



feindlichen Opponentenorganisation, der „Internationalist Group“ (IG), zu untersuchen. Die IG besteht aus einer Handvoll Renegaten vom Troztkismus, die 1996 aus unseren Reihen desertierten. Ihr Líder maximo, Jan Norden, war viele Jahre der Redakteur unserer amerikanischen Zeitung *Workers Vanguard* gewesen.

Unter dem Druck dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion desertierten Norden und seine kleine Clique aus unserer internationalen Tendenz, auf der Suche nach und in Anpassung an andere soziale Kräfte als das Proletariat sowie anderer Mittel als einer leninistischen Avantgardepartei, die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit vorantreibt. Und genau über die Parteifrage, die Frage der revolutionären Führung, gingen die

neuen Anhänger der IG innerhalb unserer französischen Sektion in politische Opposition. Die Wahl von Jospins Volksfront trieb sie vom revolutionären Troztkismus zur zentristischen Anpassung an die kapitalistische Ordnung.

Diese politische Flucht begann in der Hitze des Klassenkampfes gegen die Volksfrontregierung von Jospin/Gayssot während des Fernfahrerstreiks im letzten November. Die gerade entstehende FPR ging in Opposition zu den Anweisungen des Internationalen Sekretariats (IS) der IKL, die gesamte LTF und die Jugendorganisation zu mobilisieren, zu den Barrikaden der Fernfahrer hinauszugehen und uns durch unsere marxistische Zeitung den Streikenden vorzustellen als *die einzige linke Gruppe in Frankreich, die nicht für diese rassistische, streikbrecherische Volksfrontregierung gestimmt hat.*

Sie waren dagegen, Abonnements unserer Zeitung an Streikende zu verkaufen, und beschuldigten das IS unglaublicherweise, der Sektion „Routinismus“ und „Abstentionismus“ (!) einzupflanzen. Statt dessen wollten sie ein zutiefst ökonomistisches Flugblatt herausgeben, das – vollständig von außerhalb dieses Industriezweigs – die Arbeiter auffordern sollte, militantere Streiktaktiken anzuwenden. Gleichzeitig sagte es *nichts* über die Notwendigkeit, eine revolutionäre Führung zu schmieden gegen die reformistischen Irreführer der Gewerkschaften und die reformistische KP- und SP-Volksfrontregierung, und kein Wort über unsere zentristischen Opponenten, von denen die meisten Flugblätter herausgaben, die qualitativ identisch waren mit jenem, das die LTF nach den Vorstellungen der FPR herausgeben sollte.

November 1997: Französische Fernfahrer treten in den Streik gegen die Volksfrontregierung. LTF besuchte Streikposten und Barrikaden mit ihrer Zeitung: „Man muß mit der kapitalistischen Jospin-Regierung brechen!“

Gleichzeitig bekämpften das IS und andere in der IKL und besonders in der LTF-Jugend einen rechtszentristischen Block in der LTF-Führung, der von einer aktiven Intervention in diesen wichtigen Streik nichts wissen wollte. So argumentierte die „linkszentristische“ FPR dafür, in den Fernfahrerstreik auf der rein gewerkschaftlichen Basis von Streiktaktiken zu „intervenieren“, während die Rechtszentristen den Streik insgesamt ignorieren wollten. Beide kapitulierten vor der opportunistischen Linken, die die Tatsache verbergen will, daß die Volksfrontregierung ebenso wie die Gaullisten entschlossen ist, die Austeritätsmaßnahmen gegen die französische Arbeiterklasse durchzusetzen. Der gemeinsame Nenner für beide Varianten des Zentrismus ist der, daß beide unser trotzkistisches Programm für irrelevant halten.

Ein paar Wochen später, am 19. Dezember, erklärten sich D. und Z. zur Fraktion Permanente Revolution. Allein schon im Umfang ihrer ersten fraktionellen Erklärung – etwa 35 Seiten – zeigte sich unverkennbar die Handschrift des Schaumschlägers Norden. Dieses Fraktionsdokument,

Fortgesetzt auf Seite 10

IKL...

Fortsetzung von Seite 9

offensichtlich von jemandem aus der Ferne verfaßt, verteidigte rückhaltlos jede einzelne IG-Position und machte nicht den leisesten Versuch zu erklären, wie und warum D. und Z. davon völlig überzeugt worden waren. Dabei hatte Z. vor gar nicht langer Zeit innerhalb der LTF mehrere Präsentationen über die IG gegeben, darunter auch eine, wo er die mit der IG brüderlich verbundene brasilianische LQB (Liga Quarta-internacionalista do Brasil, früher bekannt als Luta Metalúrgica [LM]) entlarvte.

Die IKL hatte im Juni 1996 die brüderlichen Beziehungen zur LM/LQB abgebrochen, nach Monaten intensiver Diskussion und gemeinsamer Arbeit vor Ort in Brasilien. Trotz des formalen Anspruchs der LQB, revolutionären Trotzismus zu vertreten, machte ihr eingefleischter Gewerkschaftsopportunistismus sie zu einem Hindernis beim Aufbau einer revolutionären Partei (siehe „Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica“, *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). Die LQB versuchte, eine mit Bullen durchsetzte Gewerkschaft von oben zu kontrollieren, obwohl sie keine kommunistische Fraktion an der Basis hatte. Als die IKL das herausfand und mitkriegte, daß es Bullen in der Gewerkschaft gab, drängten wir LM dazu, für das Prinzip zu kämpfen, daß die Bullen nicht Teil der Arbeiterbewegung sind und in der Gewerkschaft nichts zu suchen haben. Dies erzwang eine Spaltung innerhalb des prinzipienlosen, von LQB/LM zusammengezimmerten Blocks der Gewerkschaftsführung. Ihr früherer Verbündeter Artur Fernandes, ein Bullenfreund und Schläger, verklagte den Ex-Bullen Geraldo Ribeiro, ein Mitglied der LQB und Gewerkschaftsvorsitzender. Die LQB und ihre ebenso schmutzigen Konkurrenten zerrten die Gewerkschaft vor die kapitalistischen Gerichte, während die IG eine internationale „Solidaritäts“kampagne führte – eine Abdeckung für ihren Klassenverrat in Brasilien.

Im Sinne von Lenins Ermahnung, daß nur ein Narr sich bloß auf jemandes Wort verläßt, freut sich die LTF, bald die Dokumentation des Fraktionskampfes zu veröffentlichen, zur Erbauung und für die politische Hygiene innerhalb der Arbeiterbewegung. Bis zur Veröffentlichung der vollständigen Dokumentation fordern wir unsere Leser auf, unser „Wahrheitspaket zur Internationalist Group“ zu bestellen (in französischer Sprache, erhältlich über die Kontaktadresse), das diese Leute, die sich schmähsch von Trotzismus verabschiedet haben, als Apologeten für die stalinistischen Bürokraten entlarvt, die die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten der früheren Sowjetunion und Osteuropas ausverkauft haben, und als Apologeten für den Gewerkschaftsopportunistismus ihrer brüderlich verbundenen Genossen in Brasilien.

Obwohl es offensichtlich war, daß die FPR in der LTF unter der Kontrolle von Nordens IG stand, entschieden wir uns aus eigenen Gründen dafür, nicht früher organisatorische Maßnahmen gegen die FPR zu ergreifen: Wir wollten die politischen Fragen, um die es ging, vollständig auskämpfen, um die Partei zu stärken. Unsere Partei ist nicht immun gewesen gegen den Druck, der in dieser Periode auf der gesamten Linken lastet, besonders seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Der interne politische Kampf ist das Mittel, das eine revolutionäre Partei zur Verfügung hat, um ihre programmatische Integrität gegen den zersetzenden Druck der bürgerlichen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deshalb wurde diese interne Herausforderung als Möglichkeit aufgegriffen, die französische Sektion der IKL programmatisch zu stärken gegen den Druck der Volksfrontpolitik und der nationalen Engstirnigkeit, die sich bei der Fraktion Permanente Revolution so ausgeprägt zeigte.

Gleichzeitig ist das Recht auf fraktionellen Kampf, das unsere internationale Organisation sehr hoch schätzt, ein Recht für *disziplinierte Mitglieder*. Die FPR wurde wiederholt gewarnt, daß sie das Programm der IKL von innerhalb der Partei oder von außerhalb der Partei bekämpfen könnte, aber nicht beides gleichzeitig. Die Organisationsrichtlinien der LTF legen ausdrücklich fest: „Politische Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedern der LTF muß durch das entscheidungsbefugte Gremium der LTF formal autorisiert werden.“ Nach Dutzenden von Dokumenten, mehreren Plenarsitzungen und einer nationalen Konferenz der LTF am 16./17. Januar war die antitrotzkistische Politik der FPR vollständig entlarvt: Es war ihnen nicht gelungen, auch nur *einen einzigen Unterstützer* in der LTF oder international zu gewinnen, und unsere Organisation ging aus diesem Kampf wesentlich gestärkt hervor.

Die kürzlich abgehaltene Dritte Internationale Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga verabschiedete einen Antrag, der den Ausschluß der Fraktion Permanente Revolution aus der LTF unterstützt:

„Wir stellen fest, daß der prompte Protest von Unterstützern der Internationalist Group im Internet als Bestätigung für die organisatorische Zusammenarbeit zwischen der ehemaligen französischen Minderheit und der IG dient.“

Die Dokumente der LTF-Mehrheit und die Anträge der Mehrheit, die auf der 17. Nationalkonferenz der LTF verabschiedet wurden, dokumentieren die Flucht der Fraktion Permanente Revolution weg vom revolutionären Trotzismus, deren logische Folge ihre organisatorische Illoyalität war. Mit der falschen Gleichsetzung von Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse mit revolutionärem Bewußtsein negierte die Fraktion Permanente Revolution die Notwendigkeit einer revolutionären Partei. Das war für die Fraktion Permanente Revolution die Brücke zu Jospins Volksfront und zur Internationalist Group. Als Karikatur der schlechtesten Impulse der LTF und ihrer Anpassung an klassenfremde politische Kräfte diente die Fraktion dazu, die seit langem bestehende Desorientierung der LTF und ihre Anpassung an den KPF-Flügel der Volksfront zu beleuchten. Diese Verherrlichung französischer nationalchauvinistischer Traditionen ist das verrottete Erbe der pabloistischen Liquidierung der französischen trotzkistischen Bewegung und ihrer Kapitulation vor der Volksfront – die französische Sektion der IKL steht in Opposition zu dieser Vergangenheit. Der Fraktionskampf diente als nützliches Werkzeug, um eine französische Sektion politisch und organisatorisch zusammenzuschweißen. Jetzt besteht der Test für die LTF darin, sich nach außen zu wenden, gegen unsere Opponenten mit unserem revolutionären Programm zu intervenieren und zu rekrutieren.“

Pabloisten der zweiten Mobilisierung

Trotzki bemerkte in *Lehren des Oktober* (1924), daß plötzliche Veränderungen in der Weltlage immer Desorientierung und Konfusion in der revolutionären Partei hervorrufen, besonders in deren Führung. Zu Beginn des von der amerikanischen Bourgeoisie angeführten Zweiten Kalten Krieges, als die vorherrschende öffentliche Meinung die Sowjetunion als das „Reich des Bösen“ sah, hätte man eine politische Opposition in der IKL erwarten können. Statt dessen trat die zerfallende Gruppierung, die sich „Internationale Bolschewistische Tendenz“ (IBT) nennt, auf individueller Basis aus, oder sie wurden wegen Gaunereien gegen die Partei oder das Proletariat ausgeschlossen, während sie natürlich verkündeten, sie würden das revolutionäre Programm und Erbe der Spartacist League vertreten. Dann gab es 1991/92 die kapitalistische Konterrevolution in der So-

wjetunion, die endgültige Niederlage der einzigen erfolgreichen proletarischen Revolution, und einen Ansturm von bürgerlichem Triumphgeheul über den angeblichen „Tod des Kommunismus“ sowie umfangreiche Spaltungen und Umgruppierungen in der Linken. Man hätte auch an diesem Punkt eine politische Opposition erwartet. Statt dessen bewerkstelligten vier Personen, die dann zur Internationalist Group wurden, ihren eigenen Ausschluß ... während sie behaupteten, die revolutionären Traditionen und das Erbe der IKL zu vertreten.

Keine dieser Gruppierungen nahm auch nur einmal den Kampf innerhalb der IKL als erklärte Fraktion auf, um offen irgendeine politische oder programmatische Frage auszukämpfen. Jetzt macht Logans Internationale Bolschewistische Tendenz Nordens Internationalist Group einen Heiratsantrag (siehe „Willful Blindness“ [Vorsätzliche Blindheit], 1917 Nr. 20, 1998) auf der Grundlage gemeinsamer Lügen über bürokratischen Mißbrauch. Dies bringt die angeblich auseinanderklaffenden Weltanschauungen – die Stalinophobie der IBT und die Stalinophilie der IG – auf das Niveau eines Cliquenkampfes an einer Uni-Fakultät. Aber was können schließlich solche angeblichen Prinzipien im akademischen Elfenbeinturm auch bedeuten? Außerdem betrachtet der reformistische und zentristische Sumpf, in dem die IG schwimmt, die russische Frage als passé. Und zwar so ausdrücklich, daß die angebliche Irrelevanz der russischen Frage ein Leit-,prinzip“ von Delegierten einer kürzlich abgehaltenen trotzoiden „Umgruppierungs“-konferenz in Südafrika war, zu deren Teilnehmern auch ... Bill Logan von der IBT gehörte.

Wie vor ihm Michel Pablo, der jeden Grund für die Existenz der Vierten Internationale aufgab, indem er die Notwendigkeit einer revolutionären trotzkistischen Führung leugnete und behauptete, die stalinistischen Parteien könnten „sich eine annähernd revolutionäre Orientierung geben“, paßte sich Norden an genau die Kräfte an, die die kapitalistische Konterrevolution in den früheren deformierten Arbeiterstaaten geführt haben. Nachdem er das trotzkistische Programm und einen proletarischen Kompaß aufgegeben hat, ist er imstande, seine armselige Anhängerschaft überallhin zu führen – auch über die Klassenlinie, nämlich Gewerkschaften in Brasilien vor Gericht zu verklagen –, ebenso wie Logans IBT in New York City Streikpostenkettten überquert.

Wie die LTF-Mehrheit in ihrem Perspektiven- und Aufgabendokument schrieb: „Die IG kann als nachsowjetische BT charakterisiert werden. Wir müssen feststellen, daß sie in einem 35-Seiten-Dokument nichts zur russischen Frage sagen, insbesondere nichts über die zentrale Aufgabe von Trotzisten, über den Kampf für die revolutionäre Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats. Da es keine Rolle spielt, wozu darüber reden und wozu kämpfen? Mit anderen Worten, dieses Dokument ist für D. und Z. das Ausreisevisum weg vom Trotzkismus.“

Durch die FPR in der LTF hatten wir endlich eine Gelegenheit, den Kampf um politische Fragen weiterzuführen, vor dem Norden aus der IKL geflohen war, und wir waren in der Lage, die ganze Palette des nachsowjetischen Pabloismus auseinanderzunehmen, den wir „Pabloismus der zweiten Mobilisierung“ genannt haben. Die FPR brachte ihre Verachtung für den Internationalismus zum Ausdruck, als sie sich beklagte, daß innerhalb von 24 Stunden, nachdem das Internationale Sekretariat ihr Dokument übersetzt und an alle Mitglieder unserer Internationale verteilt hatte, von Genossen überall auf der Welt mehr als 15 Entgegnungen auf ihr Fraktionsdokument hereinströmten. Wie Trotzki schrieb: „Der Opportunismus ist dem Wesen nach national, da er sich auf lokale und zeitweilige Bedürfnisse des Proletariats stützt, nicht aber sich an dessen historischen Aufgaben orientiert... Die internationale Einheit ist für uns keine Dekoration, son-

dern die Achse unserer Theorie und unserer Politik.“

Trotzkis gesamte Schriften sind ein Zeugnis für seinen unnachgiebigen Kampf, eine Vierte Internationale zu schmieden und, gegen zentristische Anpassungen an die bürgerliche Herrschaft, den notwendigen subjektiven Faktor in der Geschichte zusammenzuschweißen: eine revolutionäre internationalistische leninistische Avantgardepartei. Die Notwendigkeit eines ständigen Kampfes gegen den Druck der bürgerlichen Gesellschaft ist unbegreiflich für großwahn sinnige Leute wie Jan Norden, der zuallererst an seine eigene Unfehlbarkeit glaubt. Als Norden noch Mitglied der IKL war, versuchte er wiederholt, auf einer „Ein-Mann-Herrschaft“ zu bestehen (bei einer leninistischen Zeitung, die als *kollektiver Organisator* der Partei dienen soll!), und einmal verlangte er bei einem Auftrag in der Internationale sogar noch „Generalvollmacht“, um frei zu sein von der kollektiven Führung, in der Norden zu Recht ein Hindernis dafür sah, seinen impressionistischen Gelüsten freien Lauf lassen zu können. „Ein-Mann-Herrschaft“, „Generalvollmacht“: Diese Art persönlicher Prestigepolitik ist sehr typisch für stalinistische und pabloistische Organisationen, doch wirklichen Leninisten ist sie völlig fremd. Unter den Dutzenden Dokumenten, die von Genossen aus allen Sektionen der Internationale gegen die Minderheit in der französischen Sektion geschrieben wurden, faßte vielleicht Genosse Peter M. aus Australien am besten das politische Krankheitsbild von FPR und IG zusammen.

„Die Islamische Kommission bei der anstehenden internationalen Konferenz der IKL (und unsere auf China und Südostasien ausgerichtete Arbeit) ist Teil unseres Kampfes für Sektionen in der ‚Dritten Welt‘ und Teil unserer Entschlossenheit, diese aufzubauen; ein Kampf für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale. Der feige Abgang der ‚IGler‘ aus unserer Partei erfolgte insbesondere wegen ihrer Opposition gegen unseren Kampf für Trotzkismus in Brasilien (nach den erbärmlichen leichenschänderischen Annäherungsversuchen an die ehemaligen Stalinisten in Deutschland, die längst zu Sozialdemokraten geworden sind). Nicht wir sind es, die sich von den Kämpfen der Arbeiterklasse ‚abwenden‘, sondern die Norden-Leute: Als Ersatz wollten sie den Exstalinisten hinterherlaufen, die an der Spitze des Kampfes gegen die proletarische politische Revolution in Ostdeutschland gestanden hatten, wollten für Gewerkschaftspfründe in Brasilien ‚kämpfen‘ und wollten den ökonomistischen Weg gehen, um französische Arbeiterstreiks ‚anzuspornen‘

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-

Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
jedes Abo enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

132

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



N. A. Kasatkin



VAAP



Links: früher russischer marxistischer Studienzirkel. Mitte: Putilow-Werk in Petrograd, proletarische Unterstützungsbasis für die Bolschewiki. Die Spartakist-Broschüre beschreibt Lenins Kampf für eine Avantgardepartei, die den Zusammenschluß revolutionärer Intellektueller mit fortgeschrittenen Arbeitern darstellt

IKL...

Fortsetzung von Seite 11

und gleichzeitig den Kampf für eine revolutionäre Führung im Dienste der Volksfrontregierung zu begraben.

In der Opposition gegen das angeblich ‚neue IS‘ drückt sich die Feindseligkeit gegen die Kämpfe aus, die unsere internationale Führung in den verschiedenen Sektionen geführt hat, um unsere Mitgliedschaft gegen den Druck dieser Periode zu stählen. Es ist auch ein Fischzug nach jeglichen schwachen, erschöpften oder kleinbürgerlichen Elementen, denen jemals im Verlauf dieser notwendigen politischen Kämpfe auf die Füße getreten oder die Nase ausgerenkt wurde. Der Kampf gegen diese antitrotzkistische Fraktion wird unsere französische Sektion stärken. Ein fortwährender politischer Kampf ist auch in der australischen Sektion nötig, um eine leninistische Organisation aufzubauen, die unseren großen Aufgaben gewachsen ist.“

Fraktionskampf und Parteiführung

Einzigartig unter linken Organisationen, legt die IKL in ihren Organisationsregeln das Recht auf erklärten Fraktionskampf fest. Das entspringt unserer Erfahrung als bürokratisch mißhandelte Minderheit in der rechts-zentristischen amerikanischen Socialist Workers Party 1961–64. Da wir als revolutionäre Minderheit in einer sehr bösartigen Organisation am kürzeren Hebel saßen, waren wir gegenüber der demokratischen Seite des demokratischen Zentralismus sehr hellhörig, die letztlich fraktionelle Demokratie bedeutet: das Recht, sich in organisierter Weise in Opposition gegen die existierende Führung der Partei zusammenzuschließen auf Grundlage der Auffassung, daß das gegenwärtige Programm unrichtig ist, daß die Partei sich von einem revolutionären Programm abgewendet hat und deshalb ein neues Programm und eine entsprechende neue Führung braucht.

Die FPR hatte innerhalb der LTF volle Fraktionsrechte. Sie bekam Redezeit, um auf einer Sitzung der Jugendgruppe der LTF, der Jeunesse Spartaciste (JS), ihr Debut zu geben. (Unsere Jugendgruppe ist keine Frontgruppe, sondern eine politisch untergeordnete und organisatorisch unabhängige Jugendorganisation. Deshalb werden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei auch der Jugendgruppe zur Diskussion vorgelegt.) Alle Mitglieder von LTF und

JS wurden aufgefordert, das Material der Minderheit zu lesen, sie hatten das Recht, sich mit ihr zu treffen, zu diskutieren und selber zu entscheiden. Eine Mehrheitsgruppe wurde in Opposition zur Minderheit gebildet. Alle Mitglieder der LTF und der Jugend schlossen sich der Mehrheit an, nachdem sie die Dokumentation gelesen hatten, auf die sich die Mehrheitsfraktion stützte. Sowohl die erklärte Minderheit als auch die Mehrheitsfraktion hatten das Recht auf private Fraktionssitzungen und Korrespondenz (für die FPR hieß das, die beiden konnten einander Briefe schreiben oder zu zweit in einem Raum sitzen, da sie nirgends in der ganzen IKL Anhänger gefunden hatten).

Die LTF-Sitzungen waren organisierte Diskussionen entsprechend unseren demokratisch-zentralistischen Normen: gleiche Zeit für Präsentationen der Mehrheits- und der Minderheitsfraktion über die Fragen, die zur Debatte standen. Der ganze Zweck dieser Vorgehensweise bestand darin, *größtmögliche politische Klarheit* aus diesem Kampf zu erreichen und das Wasser in keinsten Weise durch zweitrangige organisatorische Beschwerden trüben zu lassen. Gleichzeitig wurde die Minderheit politisch zur Verantwortung gezogen. Mehrere Male war die Mehrheit gezwungen, in Anträgen die von der Minderheit unverfroren zur Schau gestellte Tatsache festzuhalten, daß diese sich nicht an unsere Organisationsregeln hielt, was den Kontakt mit politisch feindlichen Opponentenorganisationen betrifft. Dies wurde mehrfach dokumentarisch festgehalten, während wir fortfuhren, die zur Debatte stehenden politischen Fragen zu klären.

Neben der genauesten Beachtung der demokratischen Rechte der Minderheit antwortete die Mehrheitsfraktion auch mit einer Menge fraktionellem Enthusiasmus und *Humor*. Dies versetzte die Minderheit in Wut, die nichts Komisches darin sehen konnte, daß sie ohne Erklärung ihre politischen Ansichten um 180 Grad gedreht hatte, oder in unserem Vorschlag, ein FPR-Mitglied solle doch mit sich selbst debattieren, da wir mehrere Tonbandkassetten mit Präsentationen dieses Renegaten hatten, die dieser auf LTF-Sitzungen gegen die Internationalist Group gehalten hatte! Aber vor allem ging es der FPR gewaltig gegen den Strich zu *kämpfen*. So schrieb die IS-Sekretärin einen Brief an die FPR mit dem Angebot, daß sie eine Rundreise durch die Sektionen der Internationale machen, um zu versuchen, Unterstützung für ihre Fraktion zu gewinnen – ein Angebot, das die FPR *ausschlug*.

Ähnliches passierte, als die FPR Nordens berüchtigte

„Humboldt-Rede“ in Berlin unterstützte – wo Norden den Trotzismus wegwarf, vor stalinistischen Schreiberlingen zu Kreuze kroch und die Rolle der IKL als revolutionäre Führung in der beginnenden proletarisch-politischen Revolution gegen die von den Stalinisten geführte Konterrevolution in der DDR 1989/90 verschwinden ließ. Genossen der Mehrheitsfraktion forderten die FPR heraus, die Mehrheit in dieser Schlüsselfrage für sich zu gewinnen. Die Genossen boten an, eine Tribüne aufzustellen und einige ältere Leute aus der Nachbarschaft einzuladen – ersatzweise für die SED-„Jugendlichen“ –, und unsere eigenen Genossen würden dann zuhören, wie die FPR Nordens Humboldtrede laut vorliest, und danach eine demokratische Diskussion haben. Die FPR weigerte sich und erklärte, wir könnten nicht überzeugt werden. Da muß man sich doch fragen, warum sie überhaupt eine Fraktion gebildet hatten, wenn sie kein Vertrauen in ihre Fähigkeit hatten, irgend jemanden in der Partei von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen.

Aber was die FPR wirklich rasend machte, war eine kleine Neudekoration des Pariser Büros. Genossen der Mehrheit ehrten Trotzki und hängten ein Plakat von ihm als Führer der Roten Armee an die Wand in unserem Büro. Wir ehrten auch den kubanischen General Ochoa, der die rassistische Apartheid-Armee in Angola besiegte und danach verbrecherischerweise von dem Stalinisten Castro in Kuba hingerichtet wurde – eine Hinrichtung, die Norden zu entschuldigen versucht hatte. Aber die Mehrheit widmete auch eine Wand im Büro der Zurschaustellung der verabscheuungswürdigen „Helden“ der Minderheitsfraktion. Auf der Minderheitswand gab es unter anderem: Stalin, den Totengräber der Oktoberrevolution, den der IG-Macker Norden unnötigerweise als Oberbefehlshaber der Roten Armee hochjubelte (tatsächlich zerschlug die Rote Armee den Hitlerfaschismus – trotz Stalin); Erich Honecker, dessen SED die Konterrevolution in der DDR führte; und kleinere Leuchten, die am stalinistischen Firmament herumgeistern, Norden und Negrete höchstpersönlich. Die Minderheitsfraktion platzte fast vor Wut und kreischte: „Was kommt als nächstes, Schandhüte?“ – und voilà, ein talentiertes Jugendmitglied setzte dem Oberbefehlshaber der FPR, Stalin, einen Schandhut auf den Kopf.

IG und FPR haben nichts übrig für Humor, der ein Verständnis von Widersprüchen voraussetzt, das ihnen zutiefst abgeht. Aber die wirkliche Unernsthaftigkeit dieser Ersatzfraktion in der LTF bei dem Kampf, das Parteiprogramm oder die Parteiführung zu ändern, wird doppelt und dreifach unterstrichen durch die Tatsache, daß diese Marionetten – genau wie ihr Puppenspieler Norden – nicht einmal daran interessiert waren, gegen ihre Ausschlüsse *Einspruch* zu erheben. Sie wußten sehr gut, daß sie nicht nur an die französische Sektion, sondern auch an die anstehende internationale Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga hätten appellieren können. Dies enthüllt das wirkliche Wesen ihrer „Fraktion“ – es war kein Kampf, um die Partei zu stärken, kein Kampf, um das Programm oder die Führung der Partei zu verändern, sondern nur eine oppositionelle Verkleidung für Leute, die verschämt Abschied vom Trotzismus nehmen wollten. (Oder, um einen bei der IG beliebten Ausdruck zu benutzen, die FPR war nur ein Topflappen für zwei Renegaten, die es eilig hatten, „die Hände aus dem kochenden Wasser zu ziehen“.) Die FPR war glücklich darüber, das Programm und die Organisation los zu sein, die sie von den politischen Volksfrontmilieus zurückhielt, in denen sie schwimmen wollen.

Wie James P. Cannon, der Gründer des amerikanischen Trotzismus, schrieb:

„Trotzki hat einmal geschrieben, daß ein Revolutionär unter allen möglichen Umständen und bei allen möglichen Aktionen getestet wird, von Streiks und Straßenkämpfen bis zum revolutionären Kampf um die Macht,

der allerwichtigste Test sei aber seine Haltung zu den Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Partei.“

Die Krise der revolutionären Führung

Wie Trotzki in „Bolschewismus und Stalinismus“ schrieb: „Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davonzutragen zu lassen – es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als ‚Sektierertum‘. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges.“

Die beharrliche falsche Gleichsetzung des *Kampfwillens* der Arbeiter mit dem notwendigen *revolutionären Bewußtsein*, das den Arbeitern von außen gebracht werden muß, damit sie über die kapitalistischen Herrscher *siegen*, bringt IG und FPR dazu, sich an das niedrigere Bewußtseinsniveau anzupassen, das durch die Zerstörung der Sowjetunion und den darauffolgenden bürgerlichen Triumphalismus hervorgerufen wurde. Im Gegensatz dazu kämpft die IKL darum, militante Arbeiter dafür zu gewinnen, den breiteren Zusammenhang ihrer Kämpfe zu verstehen: Die nachsowjetische Welt ähnelt sehr der Welt vor 1914, da interimperialistische Feindseligkeiten die Gefahr eines neuen Weltkrieges hervorrufen, wodurch das Proletariat erneut weltweit vor dringende revolutionäre Aufgaben gestellt wird.

Trotzki hat nie behauptet, daß die Masse der Arbeiter (im Gegensatz zu ihrer Führung) immer und überall „spontan“ die „rote Revolution“ herbeisehnen würden und daß daher das Problem auf die Führung der Revolution „reduziert“ sei. Die trotzkistische Bewegung hat nie das Konzept von der Krise der proletarischen Führung dazu benutzt, sich selber von der Verantwortung loszusagen, das rückständige Bewußtsein der Arbeiter zu bekämpfen, ob in Form des parlamentarischen Reformismus oder des nationalen Chauvinismus und Rassismus. Genau an diesem Punkt ist der opportunistische Charakter von Norden und seinen Anhängern in der FPR und die Tatsache, daß sie den Leninismus aufgegeben haben, am offensichtlichsten.

Die bolschewistische Revolution und die Gründung der Kommunistischen Internationale führten auf der ganzen Welt zu einer qualitativen Hebung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und der linken Intelligenz. Aber in keinem Land der Welt können wir heute sagen – wie Trotzki in den 30er Jahren über die Arbeiter Spaniens sagte –, daß das politische Niveau des Proletariats über dem des russischen Proletariats am Vorabend der Februarrevolution liegt. Tatsächlich gibt es unter fortgeschrittenen Arbeitern und linken Intellektuellen keine bedeutende Strömung mehr, die sich als Kommunisten im leninistischen Sinne versteht. Dieser Zustand schließt keineswegs militante Massenkämpfe der Arbeiter und anderer unterdrückter Schichten aus, oder sogar revolutionäre Aufstände in Ländern, wo die bürgerliche politische Ordnung gegenwärtig zerbrechlich und das existierende System in der Bevölkerung verhaßt ist (z. B. Mexiko und Indonesien). Aber ob in den imperialistischen Zentren oder in instabilen Ländern der „Dritten Welt“: Wir müssen darum kämpfen, die historische Rück-

Fortgesetzt auf Seite 14

IKL...

Fortsetzung von Seite 13

entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und der Linken zu überwinden. Diese zu leugnen, wie IG/FPR es tun, heißt vor ihr zu kapitulieren und die Rolle der Partei zu liquidieren.

So heißt es in der „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“, die von der IKL auf ihrer Dritten Internationalen Konferenz angenommen wurde:

„Trotzkis Behauptung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet‘, wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzki Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse für sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse.“

Die Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Während der Streikwelle im Dezember 1995, als die rechte Juppé-Regierung an der Macht war, spielten die Ex-Genossen der FPR eine wichtige Rolle dabei, eine zentristische Barriere im LTF-Zentralkomitee zu bekämpfen, das sich damals bei der Streikwelle raushalten oder unseren pseudotrotzkistischen Gegnern hinterherlaufen wollte. Unter Führung des IS wurde 1995 in der LTF ein Kampf geführt für die Intervention einer kämpfenden Propagandagruppe, konzentriert auf die Frage der revolutionären Führung. Aber 1997, als die Volksfront unter Jospin an der Macht war, bestand das Maximalprogramm von D. in militantem Ökonomismus, den ihr Blockpartner Z. hinterher durch das Anheften einiger programmatischer Punkte tarnen wollte. Darin zeigt sich eine tiefgehende und grundlegende Desorientierung über die Volksfront, genau wie in ihrem Beharren darauf, daß nun mit der Machtübernahme von Jospin die Zeit gekommen sei, sich auf Nordafrikaner in Frankreich zu konzentrieren – während Tausende Immigranten von der rassistischen Volksfront deportiert werden. Im Grunde haben sie eine Position, die Volksfront unter Druck zu setzen, anstatt das Proletariat für deren revolutionären Sturz zu mobilisieren.

Sogar noch vor der formalen Erklärung der Minderheit zu einer Fraktion am 19. Dezember waren die politischen Linien klar: Kampf für eine leninistisch-trotzkistische Partei kontra zentristische Nachtrapolitik. So erklärte ein Antrag, den die LTF am 9. November annahm:

„Die Dokumente von D. und Z. definieren unser revolutionäres Programm als Aufrufe zur Ausweitung des Streiks, für gewählte Streikkomitees, d. h. im wesentlichen über Gewerkschaftstaktiken. Dies steht im Widerspruch zu Lenins *Was tun?*, wo er hervorhob: Nur auf Basis von Gewerkschaftsmilitanz an die Arbeiterklasse heranzugehen (d. h. zu versuchen, ‚dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen‘), hat die Auswirkung, die Autorität der existierenden reformistischen Führung zu stärken – was auch immer die Absicht dabei ist. Die Rolle von Marxisten ist es, revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, und ist damit gänzlich gegen die existierende reformistische Führung und deren zentristische Anhängsel gerichtet. Unsere Aufgabe ist es, die Notwendigkeit eines bewußten Bruchs mit der reformistischen Führung poli-

tisch zu motivieren. Die Konzeption, daß dieser Bruch durch militanteren gewerkschaftlichen Kampf automatisch geschehen wird, ist ‚Spontaneismus‘, eine Anpassung an das existierende Bewußtsein der Arbeiterklasse, das ein bürgerliches Bewußtsein ist – für das die reformistische Bürokratie der Transmissionsriemen ist.

Das von D. und Z. entworfene Flugblatt wäre einfach eine militantere Version des Flugblatts von Voix des travailleurs gewesen, das die existierende Streikführung ‚kritisierte‘ und sogar die Frage eines Generalstreiks stellte. D. und Z. suchen nach einer *Abkürzung*, um die Arbeiter zu erreichen, und werfen das revolutionäre Programm über Bord, als ob es Ballast wäre. Darum erwähnt das von D. vorgeschlagene Flugblatt nicht die geringste Polemik gegen unsere Opponenten, besonders unsere zentristischen Opponenten, die jetzt, beim brodelnden Kampf und mit der Volksfront an der Macht, äußerst verwundbar und gefährlich sind.

Eine Intervention in den Fernfahrerstreik mit einer Linie ökonomischer Militanz wäre eine Anpassung an unsere zentristischen Opponenten gewesen, die diese Volksfrontregierung wählten.

Die Zwillingpolitik von ‚linkem‘ und ‚rechtem‘ Zentrismus ist eine Fortsetzung der Politik, die die Sektion zu Beginn der Streikwelle im Dezember 95 gelähmt hat. Die Führung ignorierte zunächst die Streiks und intervenierte dann mit der Linie ‚Für einen Mai 68, der bis zum Ende geht‘ – einer Version des militanten Ökonomismus –, und die LTF war unfähig, überhaupt Propaganda über die Notwendigkeit der revolutionären Führung zu schreiben. Dann wurde die Verbreitung der vom IS produzierten Propaganda behindert, deren Überschrift lautete: ‚Zerschlagt Vigipirate! Vereinigt „Immigranten“, Frauen, Jugendliche hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse! Für eine neue, revolutionäre Führung! Für eine Arbeiterregierung, die das gesamte verrottete kapitalistische System hinwegfegt!“

Der klarste Maßstab für eine revolutionäre Partei ist ihre Haltung gegenüber ihren zentristischen und reformistischen Opponenten. Der Kampf gegen die Opponenten leitet sich aus dem marxistischen Grundsatz ab, daß das falsche Bewußtsein des Proletariats geändert werden kann und muß: zu einem höheren Klassenbewußtsein über seine revolutionären Aufgaben. Das bedeutet, reformistische Illusionen zu bekämpfen, die die Arbeiterklasse an ihre eigene Bourgeoisie ketten. Die Zentristen sind gefährlicher, denn sie verpacken ihre Anpassung an die Reformisten, und damit an die bestehende kapitalistische Ordnung, in pseudorevolutionäre Rhetorik. Wenn man also den politischen Kampf mit unseren zentristischen Opponenten vermeidet, bedeutet das logischerweise, eine revolutionäre Perspektive aufzugeben. Es bedeutet, der linke Schwanz des parlamentarischen, auf die Wahlen fixierten Reformismus zu werden.

Wie es auf der Dritten Internationalen Konferenz der IKL diskutiert wurde, ist der Druck auf unsere verschiedenen internationalen Sektionen unterschiedlich: In Australien ist es der Druck der Labour Party in der Opposition; alle Probleme unserer britischen Sektion lassen sich hauptsächlich auf die Schwierigkeiten zurückführen, mit der Labour Party umzugehen; in Mexiko ist es der Druck des bürgerlichen Nationalismus; in Deutschland spüren die Genossen den Druck von SPD, PDS und Autonomen; in den USA besteht der Druck in der Rückständigkeit des Proletariats und der Arroganz der brutalsten Militärmacht der Welt. In der gesamten Geschichte des französischen Trotzkismus bestand der Druck in der Anpassung an die Volksfrontpolitik und in der Kapitulation vor ihr. Dieser Druck wirkt unterschiedlich deformierend in verschiedenen Sektionen. Unsere Aufgabe ist es, den Kadern den politischen Druck bewußt

zu machen, damit dieser Druck bekämpft werden kann und die Partei effektiv intervenieren kann im Kampf für den Aufbau der Partei, die das Proletariat im Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt führen wird.

Der Fraktionskampf mit der FPR erhellte historische Probleme der LTF und ermöglichte es so der Partei, die nahezu fortwährende Geschichte, unser Programm abzustumpfen, um sich an zentristische und reformistische Gegner anzupassen, zu verstehen und zu beginnen, damit zu brechen. Während des „Zweiten Kalten Krieges“ – einem imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, der in Mitterrands Frankreich bis zur Weißglut geschürt wurde – beteiligte sich jeder Pseudotrotzkist, von Mandel und Krivine bis Lambert und Laguiller, uneingeschränkt am Antisowjetismus der eigenen kapitalistischen Herrscher. Die LTF stand auf ihrem Posten als harter Verteidiger der Sowjetunion gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration. Aber es gab eine beharrliche Tendenz, vor dem KP-Flügel der Volksfront zu kapitulieren wegen des angeblichen „Prosowjetismus“ der Stalinisten.

Laßt uns darüber im klaren sein: Wenn wir über die Anpassung an den KP-Flügel der französischen Volksfront reden, dann reden wir über eine Anpassung an die Sozialdemokratie. Mit der Erklärung des VII. Weltkongresses der Komintern über die „Volksfront“ im August 1935 wurde Reformismus offiziell zur Politik aller Parteien in der stalinisierten Kommunistischen Internationale – das heißt Menschewismus, Sozialdemokratie. *Das Adjektiv prosowjetisch ist ein stalinistischer Mythos* – sie waren *prostalinistisch*. Der angebliche Prosowjetismus der französischen Kommunistischen Partei hatte nur den Zweck, das Proletariat zu betrügen, während die tatsächliche Praxis der KP das Proletariat an den Kapitalismus kettete.

FPR und IG dagegen verherrlichen das bestehende Bewußtsein der französischen Arbeiterklasse und ihrer gegenwärtigen Irreführer in dem – wie die IG es nennt – „historischen Revolutionsland Europas“, aber *nirgends* in all ihren umfangreichen Dokumenten über Frankreich erwähnen sie die Notwendigkeit, die reformistischen Parteien zu spalten. Tatsächlich bot die FPR in ihrer Fraktionserklärung ein *Alibi* für die Rolle von KP und SP in der Volksfront an, als sie behauptete: „Die Massenparteien der Arbeiterklasse sind durch die Volksfront dem Programm der Klassenkollaboration untergeordnet.“

Die Erklärung der FPR ist schlichtweg falsch. KP und SP sind nicht Opfer eines Wesens namens Volksfront, das sie einem klassenkollaborationistischen Programm unterwirft. Klassenkollaboration *ist* das Programm und die Praxis aller *bürgerlichen* Arbeiterparteien. Eine parlamentarische Regierung, die auf reformistischen Arbeiterparteien basiert, wie Tony Blairs Labour-Regierung heute in Britannien, ist genauso eine kapitalistische Regierung.

Eine Volksfront ist eine Koalition zwischen reformistischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Formationen. Die Bedeutung einer Beteiligung auch nur der bescheidensten nichtproletarischen politischen Formation (von Trotzki als „Schatten der Bourgeoisie“ bezeichnet) liegt darin, als Garant für das Programm der Volksfront – einer *kapitalistischen Regierung* – zu agieren. Das ist das *Alibi*, mit dem die „Arbeiter“- „sozialistischen“ oder „kommunistischen“ Parteien ihrer eigenen Gefolgschaft ihre Weigerung erklären, entsprechend ihres nominellen Programms zu handeln. Der diesen Parteien innewohnende Widerspruch zwischen einer Unterordnung unter die Interessen des kapitalistischen Systems und der Behauptung dieser Parteien, Arbeiterinteressen zu vertreten, wird dadurch unterdrückt. KP und SP müssen politisch gespalten werden im Laufe des Prozesses, eine leninistisch-trotzkistische Partei in Frankreich aufzubauen.

Genosse Petersen von der deutschen Sektion der IKL beschrieb treffend die symbiotische Kapitulation der IG vor den stalinistischen Bürokraten, die die deformierten Arbeiterstaaten ausverkauften, und den stalinistischen und sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteispitzen, die Gewerkschaftskämpfe ausverkaufen:

„Nur ist der Witz, daß Norden heute behauptet, die Stalinisten hätten die Konterrevolution nicht geführt. Man muß sich fragen, was ist der Unterschied dazwischen, ‚die DDR ausverkauft‘ oder ‚die Konterrevolution geführt‘ zu haben? Nehmen wir zum Beispiel die IG-Metall-Bürokratie beim Metallarbeiterstreik 1984. Der Streik geht sechs Wochen, sie mobilisieren nur 35 000 Arbeiter in den Streik. Millionen wollen mitmachen. Und dann schließen sie ab, daß die 35-Stundenwoche in sieben Jahren verwirklicht wird – oder in acht. Das nennt man Ausverkauf. Ich meine, was haben sie gemacht? Was hat die IG-Metall-Bürokratie mit dem Streik gemacht? Sie hat den Streik verraten. War die IG-Metall-Bürokratie auch ein ‚halb williges Opfer‘? Oder hat sie den Streik *verraten*?“

Der „Sozialstaat“, der jetzt in Europa angegriffen wird, stellte lange Zeit eine Art „Tribut“ dar, den die Kapitalistenklasse der Sowjetunion zollte. Mit anderen Worten, die Kapitalisten erkannten, daß sie Einschnitte in ihre Profite zulassen und der Arbeiterklasse eine Art „Sicherheitsnetz“ verschaffen mußten, um keine neue Oktoberrevolution vor ihrer Tür zu haben. Die reformistischen Parteien, die jahrzehntelang Reformen liefern sollten und ihre Autorität auf die Fähigkeit stützten, sie auch wirklich zu liefern, sind inzwischen in vielen europäischen Ländern an die Regierung gebracht worden, damit sie selber darangehen, die Errungenschaften der Arbeiter abzubauen. Das ist der Grund, warum der Reformismus, obwohl er *scheinbar* gestärkt ist (was die Wahlen betrifft), in Wirklichkeit in eine Krise hineingeht. Das stellt eine Öffnung dar, um den parlamentarischen Reformismus und seine zentristischen Apologeten unter den bewußtesten Arbeitern und radikalisierten Intellektuellen zu unterminieren, *vorausgesetzt*, wir intervenieren als Leninisten auf der Basis unseres revolutionären Programms.

Aber statt dessen bringt es die FPR in ihrem 35seitigen Gründungsdokument nicht einmal zustande, die Volksfront als rassistisch zu charakterisieren! Tatsächlich begann die FPR zu entstehen, als die Volksfront an die Macht kam und selbst unter nordafrikanischen Immigranten wirkliche Illusionen aufkamen. Eine Provokation gegen unsere nordafrikanischen Parteigenossen, die einige Zeit davor stattfand, brachte uns dazu, diese Genossen besonders zu schützen, womit sie einverstanden waren. Aber die FPR fabrizierte aus diesen Schutzmaßnahmen ein „Aufgeben der Perspektive, nordafrikanische Kader im Exil umzugruppieren, um den Kern einer leninistischen Partei zu schmieden mittels einer Zeitung, die im Exil veröffentlicht wird“! Hier ist ihre Unehrllichkeit offensichtlich. Die FPR definiert sich selbst als „trotzkistische Militante aus Ex-Kolonien“, die deshalb unmöglich vor dem französischen Chauvinismus kapitulieren könnten. Sie sahen sich selbst nicht als internationalistische Kommunisten, sondern als „Experten“ für ihr eigenes Herkunftsland, sie orientierten sich in engstirniger Weise besonders auf die demoralisierten Elemente des Exilmilieus und hatten wenig oder gar kein Interesse daran, die zweite Generation der „immigrierten“ Jugendlichen zu gewinnen.

Im Gegensatz zu diesem Sektoralismus, der eine Widerspiegelung der von den kapitalistischen Herrschern innerhalb der Arbeiterklasse geschürten Trennungslinien ist, verstehen wir als revolutionäre Marxisten, daß die Notwendigkeit, Rassismus und nationalen Chauvinismus zu bekämpfen und die Rechte der Immigranten als verwundbarstem Teil des Proletariats zu verteidigen, eine *Klassenfra-*

Fortgesetzt auf Seite 16

IKL...

Fortsetzung von Seite 15

ge ist. Der moderne Kapitalismus, d. h. Imperialismus, der nach allen Gebieten dieses Planeten greift, holt je nach dem Verlauf des Klassenkampfes und den ökonomischen Erfordernissen neue billige Arbeitskräfte ganz unten ins Proletariat, hauptsächlich Immigranten aus ärmeren und weniger entwickelten Regionen der Welt – Arbeiter mit wenigen Rechten, die man in Zeiten wirtschaftlicher Schrumpfung leichter loszuwerden meint. So schafft der Kapitalismus fortlaufend unterschiedliche Schichten unter den Arbeitern, während er gleichzeitig die Arbeiter vieler verschiedener Länder verschmilzt. Überall versuchen die Kapitalisten mit Hilfe der Opportunisten der Arbeiteraristokratie, das Klassenbewußtsein und die Solidarität unter den Arbeitern zu vergiften, indem sie religiöse, nationale und ethnische Trennungen schüren. Daher steht die proletarische Avantgarde vor der notwendigen Aufgabe, gegen Chauvinismus und Rassismus für die Einheit und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Das Perspektiven- und Aufgabendokument der Mehrheitsfraktion, das bei der 17. Nationalkonferenz der LTF angenommen wurde, erklärt: „Die LTF, Sektion der IKL, bekräftigt erneut ihre internationalistische Verpflichtung, auf beiden Seiten des Mittelmeers für Revolutionen zu kämpfen, deren Schicksal untrennbar miteinander verbunden ist. Wir wollen unter Jugendlichen der zweiten Generation rekrutieren, auch unter denen, die Algerien in den letzten Jahren als Emigranten verließen.“

Die FPR gegen die permanente Revolution

IG und FPR reden (ein bißchen) über die Theorie der permanenten Revolution – d. h. die Notwendigkeit einer Arbeiterrevolution in ökonomisch rückständigen, vom Imperialismus unterdrückten Ländern und deren Ausweitung, um die Agrarfrage zu lösen und diese Länder vom imperialistischen Joch zu befreien. Aber ihr Klassenverrat in Brasilien zeigt, daß dies für sie nur inhaltslose Rhetorik ist.

Ähnlich ist es in Mexiko, wo sie das Proletariat in einer Masse kleinbürgerlicher Sektoren auflösen, die sich um die bürgerliche PRD sammeln, und das pompös eine „Volksfront“ nennen. Tatsächlich aber war das mexikanische Proletariat historisch – und ist es immer noch – durch den bürgerlichen „Anti-Yankee“-Nationalismus direkt seiner eigenen Bourgeoisie untergeordnet, ohne die Vermittlung einer Arbeiterpartei, wie es in den meisten europäischen Ländern der Fall ist. Diese Wahrheit will die IG wegen ihrer Orientierung auf den Anti-Yankee-Nationalismus verstecken.

Um sich selbst abzudecken, machen IG/FPR viel Theater über eine fehlerhafte Charakterisierung der ländlichen Gebiete in Mexiko. Um die Rückständigkeit und die Unterdrückung zu beschreiben, sprachen wir von „feudalen“ Überresten, was nicht korrekt ist. Es wäre genauer gewesen, die schreckliche Rückständigkeit der ländlichen Massen in Mexiko als Erbe des spanischen Handelskapitalismus zu bezeichnen und nicht als „feudale Überreste“. Trotzki benutzte in *Die permanente Revolution* den Begriff „moderner Feudalismus“, um zum Beispiel China Ende der 20er Jahre zu beschreiben. Aber die Realität ist, daß Überreste des Frühkapitalismus, die man in Ländern wie den USA oder Frankreich nicht mehr findet, tatsächlich Seite an Seite mit den modernsten Formen der konzentrierten Ausbeutung durch den Industriekapitalismus existieren.

Diese vielfältige Realität kapitalistischer Unterdrückung ist es gerade, was IG/FPR leugnen. Sie charakterisieren alles als eine „Volksfront“, von Mexiko bis zum Frankreich von Jospin/Gayssot. Aber wenn man ernsthaft um die Macht kämpfen will, muß man untersuchen, welche spezielle Form

die kapitalistische Unterdrückung annimmt. Wie Trotzki sagte: „In Wirklichkeit bilden die nationalen Eigenschaften eine eigenartige Vermengung der wesentlichen Triebkräfte des Weltprozesses. Diese Eigenarten können während einer Reihe von Jahren für die revolutionäre Strategie von entscheidender Bedeutung sein“ (Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Die permanente Revolution*).

Das Wesen der permanenten Revolution besteht im Kampf für die proletarische sozialistische Revolution gegen den bürgerlichen Nationalismus in Ländern mit kombinierter und ungleichzeitiger Entwicklung. Die Verniedlichung der bürgerlich-nationalistischen PRD als „Volksfront“ – wo impliziert wird, es gäbe eine proletarische Komponente, vor der die IG kapitulieren könnte – verrät das wirkliche Programm der IG, nämlich die Anwendung des trotzkistischen Programms der permanenten Revolution fallenzulassen.

In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung ist die nationale Bourgeoisie zu schwach und zu sehr dem Imperialismus untergeordnet, als daß sie einen Kampf anführen oder unterstützen könnte, der auf grundlegende demokratische Rechte wie die Agrarrevolution oder wirkliche nationale Unabhängigkeit zielt. Im Gegenteil, frühere Formen der Unterdrückung und Ausbeutung werden beibehalten und von den Kapitalisten und ihren imperialistischen Herren noch verstärkt. In diesen Ländern können die Aufgaben, die früher mit dem Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verknüpft waren, nur durch den Sieg der sozialistischen Revolution gelöst werden, indem das Proletariat sich an die Spitze der Nation setzt und die unterdrücktesten Teile der Bauernschaft hinter sich scharf. Das unentbehrliche Werkzeug für den Sieg ist eine revolutionäre proletarische Partei, die durch einen unnachgiebigen Kampf, die Arbeiterklasse und die Werktätigen von Illusionen in den bürgerlichen Nationalismus wegzubrechen, geschmiedet wird.

Wie die LTF-Mehrheit im Titel eines ihrer Dokumente erklärte: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“ Im Gegensatz zu Deserteuren wie die IG/PRF gründet sich die IKL auf „die Notwendigkeit, in der Kontinuität der bolschewistischen Partei die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen, eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale, mit Sektionen, die darum kämpfen, das Niveau des Bewußtseins des Proletariats auf die Höhe seiner historischen Aufgaben zu heben. Für uns ist die russische Frage die Parteifrage. Eine Partei, die für die Unabhängigkeit des Proletariats kämpft, um es auf der Grundlage seiner historischen Interessen für die Eroberung der Macht zu mobilisieren.“ ■

NEU!

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Französische Ausgabe
Nr. 32, Frühjahr 1998

DM 3,- zuzüglich Porto
(Im Abo von *Le Bolchévik* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



The image shows the cover of the magazine 'SPARTACIST', issue 32, published in the first half of 1998. The cover features the title 'SPARTACIST' in large, bold letters, with 'NUMERO 32' and 'EDITION FRANÇAISE' below it. The main headline reads 'Pour de nouvelles révolutions d'Octobre!' followed by 'Troisième Conférence internationale de la LCI' and 'Déclaration de principes et quelques éléments de programme'. Below this, it says 'Ligue communiste internationale (quatrième-internationaliste)'. Other articles listed include 'Origines et évolution des pratiques organisationnelles léninistes' and 'Statuts et directives organisationnelles'. At the bottom, there is a small box with the text 'Le Livre noir de communistes : messages capitalistes mais Pour une Quatrième Internationale reforgée!'.



Fotos: Spartakist

Berlin, Januar 1990: Spartakisten initiierten Massenkundgebung gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow. Während Gysis SED-PDS die kapitalistische Konterrevolution vorbereitete und kurz danach zu „Deutschland, einig Vaterland“ aufrief, trat Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus (rechts) vor 250 000 Demonstranten für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa ein: „Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ Der volle Wortlaut ihrer Rede ist im *Spartakist-Extrablatt* vom 27. April 1998 nochmals nachgedruckt

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 24

Lage ist, Proteste gegen Rassismus und Sozialabbau zu kanalisieren und den Nazis freie Bahn zu geben. Denn eines fürchten die Reformisten weit mehr als jeden Nazi-Aufmarsch: die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter, da sie den Arbeitern einen Geschmack ihrer eigenen Macht vermittelt und sich gegen die SPD-Handlanger der Bourgeoisie richten könnte. In einer solchen Situation ist die Intervention der revolutionären Partei entscheidend, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu brechen und für das trotzkistische Programm der proletarischen Machtergreifung zu gewinnen.

Unterstützt wurden PDS/SPD von pseudotrotzkistischen Gruppen wie Linksruck, ISO, Voran, Gruppe Arbeitermacht und RSB. Die ganze Orientierung dieser Gruppen ist es, eine SPD/Grünen-Volksfront an die Macht zu bringen, indem sie dazu aufrufen, SPD oder PDS zu wählen und dann auf diese Volksfrontregierung Druck auszuüben. Was von Schröders/Lafontaines SPD tatsächlich zu erwarten ist, zeigte zuletzt der Vorstoß des SPD-geführten Bundesrates, der de facto alle Hilfen für Asylsuchende gestrichen hat. Nach dem Willen der rassistischen SPD, die sich diese Pseudotrotzkisten an die Regierung wünschen, sollen Flüchtlinge vor rechtem Terror und imperialistisch geschürten Bürgerkriegen hier verhungern!

Nur wir Trotzkisten sagten am 20. Juni in Berlin die Wahrheit. „Die Nazis konnten sich versammeln, der Tag ist eine Niederlage!“, zitiert die *Süddeutsche Zeitung* vom 23. Juni eine Genossin der SpAD. Wir waren die einzigen, die den Teilnehmern der Demonstration ein Programm aufzeigten, wie der Nazi-Terror gestoppt werden kann: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! – Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung gegen Nazi-Terror! Und wir sagten die Wahrheit über diese Volksfrontmobilisierung für Schröder: Weit davon entfernt, eine Barriere gegen die Faschisten zu sein, bahnt die Sozialdemokratie diesem Mordgesindel den Weg! Eine Stimme für SPD oder PDS ist eine Stimme für rassistischen Staatsterror, wie Hamburg, Sachsen-Anhalt und auch Berlin zeigen! Um unsere Verkaufsteams bildeten sich immer wieder Diskussionsgruppen, und Arbeiter, Immigranten und Jugendliche kauften über 600 Exemplare des Extras. Viele verlangten nach unserer

Propaganda, weil wir die PDS wegen ihrer Unterstützung für die SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt entlarvten, die für ihren rassistischen Abschiebeterror berüchtigt ist und damit den DVU- und NPD-Nazis den Weg bahnt.

Genau über die Verantwortung der sozialdemokratischen Arbeiterverräter wollen die Reformisten der Gruppe Linksruck auch mit ihrer Überschrift „1. Mai in Leipzig: Punktsieg!“ (*Linksruck*, Juni 1998) hinwegtäuschen. Diese „Punktsieg“-Lüge, mit der Linksruck die Gefahr der Faschisten herunterspielt und die SPD weißwäscht, die den Nazi-Aufmarsch in Leipzig von Tausenden Bullen absichern ließ, dient einem klaren politischen Zweck: die Sozialdemokratie an die Regierung zu bringen. Während vor den Augen Tausender Jugendlicher und Arbeiter die Illusion geplatzt ist, man könne auf den bürgerlichen Staat – der die Nazis schützt – Druck ausüben, hilft also Linksruck mit, die Proteste wieder in parlamentarische Bahnen zu lenken. Sie bereiten damit weitere Niederlagen vor, wie zuletzt in Berlin, als sie die Volksfront-Demo als „eine hervorragende Gelegenheit, den Nazis einen Strich durch die Rechnung zu machen“, darstellten (*Linksruck-Flugblatt* zum 20. Juni).

Die Rolle des Staates der Bosse war in Leipzig ganz offensichtlich. Die Nazi-Provokation wurde durch eine Armee von über 6000 Bereitschaftsbullen geschützt, die die Stadt praktisch in einen Belagerungszustand versetzten. Während die Polizei mit Wasserwerfern in die Menge von etwa 5000 antifaschistischen Demonstranten schoß und Bullenkommandos mit Knüppeln immer wieder auf Gruppen von linken Jugendlichen losprügelten, erhielt der Nazi-Abscham freie Bahn, seinen rassistischen Dreck auszuspeien. Dutzende von Linken wurden von den Bullen festgenommen. Und knapp zwei Wochen später überfiel der Staatsschutz in einer national koordinierten Razzia die Wohnungen von 39 Antinazi-Aktivistinnen. Die SpAD fordert: Nieder mit allen Anklagen gegen die antifaschistischen Demonstranten und andere Antinazi-Aktivistinnen!

Daß die Bullen die Nazis schützen, wie sie es bei zahllosen anderen Gelegenheiten auch getan haben, konnte niemanden überraschen. Die Verantwortung für diese ungeheure Nazi-Provokation liegt unzweifelhaft bei den Klassenverrättern, die heute an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen: der SPD, der sozialdemokratischen DGB-Bürokratie und der PDS. Wie

Fortgesetzt auf Seite 18

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 17

wir im *Spartakist*-Extrablatt betonen, das wir massiv in Leipzig verkauft haben: Die Entscheidung der Nazis, ihre rassistische Provokation am 1. Mai durchzuführen, dem Tag der internationalen Arbeiterklasse, symbolisiert ihr Endziel, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. 500 000 Arbeiter gingen am 1. Mai in ganz Deutschland auf die Straße, aber die Sozialdemokratie – PDS, SPD und DGB-Bürokratie – hielt sie durch das Schüren von Verbotsillusionen von jeder Aktion gegen die Nazis fern. Alles, was der DGB, mit Unterstützung der PDS, zu bieten hatte, war eine Kundgebung zum 1. Mai, die zu einer SPD-Regierung aufrief und nicht einmal vorgab, den Nazi-Aufmarsch stoppen zu wollen, sowie ein „antifaschistisches“ Konzert in der Nacht vor der Nazi-Provokation. Somit lieferten die sozialdemokratischen Spitzen auf kriminelle Weise die Gruppen von linken Jugendlichen auf sich allein gestellt den vereinten Kräften von Nazis und Bullen aus. Und unterdessen bedankte sich der DGB in grotesker Weise bei den Bullen, deren Beschäftigung darin bestand, antifaschistische Demonstranten zu verprügeln und festzunehmen, für ihre „gute Arbeit“.

Knapp eine Woche vor dem 1. Mai erhielt die faschistische Deutsche Volkunion (DVU) in Sachsen-Anhalt 13 Prozent der Wählerstimmen. Schlüssel zum DVU-Erfolg waren die 25 Prozent an Stimmen, die sie bei den Jugendlichen des Bundeslandes erhielt, das in Deutschland die höchste Arbeitslosenquote hat. Die rachsüchtige Verwüstung der Wirtschaft durch die Bourgeoisie nach der konterrevolutionären Einverleibung des früheren deformierten Arbeiterstaates DDR 1990 hat zu steil ansteigender Arbeitslosigkeit geführt. Die einzige Zukunft, die CDU und SPD versprechen, bringt weitere Massenentlassungen und weiteren Sozialraub. Nach dem Vorbild des britischen Labour-Premierministers Tony Blair verspricht der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, bei der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie noch drakonischer vorzugehen als Kohl. Dabei verbreiten die SPD/DGB-Spitzen einen Abklatsch der faschistischen Parolen, indem sie sich für rassistische Abschiebungen und für „Quoten“ für eingewanderte Arbeiter stark machen.

Die PDS, das sozialdemokratische Überbleibsel der stalinistischen SED, die die DDR ausverkauft hat, macht sich für denselben chauvinistischen Dreck wie die SPD stark, kombiniert mit nostalgischen Appellen an den „Ossi-Nationalismus“. Die Faschisten setzen solche demagogischen Appelle nicht weniger geschickt ein; über ein Fünftel der DVU-Wähler haben ihre Erststimme der PDS gegeben. Und kürzlich zitierte *Die Zeit* (23. April) in einem Bericht über die NPD einen Nazischläger, der mit Kontakten zur Kommunistischen Plattform prahlte, dem selbsternannten „linken Flügel“ der PDS: „Die sind auch gegen das Großkapital. Wir haben im Moment ähnliche Probleme wie Nordkorea und stehen unter Druck des Weltimperialismus.“

Die nationalistische SED-Bürokratie trug in DDR-Zeiten dazu bei, eine Basis für das jetzige Wachstum der Faschisten in Ostdeutschland zu schaffen, indem sie seit 1948 den ostdeutschen NPD-Namensvetter NDPD offiziell zuließ, als ein „konservatives“ Feigenblatt für die „Volksdemokratie“ der Stalinisten und als „politische Heimat für einfache Mitglieder von Nazi-Organisationen“ (*German Reunification*, Hanna Behrend, Hrsg., 1995). Vor einiger Zeit haben diverse PDS-Führer Treffen mit Faschisten arrangiert (siehe *Spartakist*, Mai 1994). Zu diesen PDS-Führern gehört Christine Ostrowski, die jetzt im *Neuen Deutschland* (30. April) fragt: „Warum gelang es der PDS nicht, viele von denen, die jetzt DVU gewählt haben ... für sich zu gewinnen?“ Ostrowski will in Reaktion darauf den Faschisten die Schau stehlen und hetzt gegen „ausländische Beschäftigte“, die „auch illegal“ arbei-

ten, obwohl „jeder dritte Bauarbeiter im Osten“ arbeitslos ist.

Gegen die Sozialchauvinisten sowohl der SPD als auch der PDS kämpft die SpAD dafür, eine internationalistische leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen, die das multiethnische Proletariat führt, um den Nazi-Dreck zu zerschlagen, als Teil unseres Kampfes für die sozialistische Revolution. Wir veröffentlichen im folgenden das *Spartakist*-Extrablatt.

Die Ankündigung der Nazis, am 1. Mai in Leipzig aufzumarschieren, stellt eine tödliche Bedrohung für alle Arbeiter, Immigranten, Linke und unterdrückte Minderheiten dar. Unter dem Deckmantel einer „Wahlveranstaltung“ wollen die Nazis für ihr völkermörderisches Programm marschieren: rassistische Morde wie in Mölln und Solingen und Pogrome wie in Rostock und Hoyerswerda. Vom Staat ermutigt und geschützt, haben sie bei einer Reihe von Aufmärschen wie in München, Saalfeld, Dresden und Lübeck ihr rassistisches Gift versprüht. Die Folgen jedes Aufmarsches sind verschärfter mörderischer Terror und Brandanschläge, die Ermordung von Immigranten und Linken wie zuletzt einer 14jährigen jungen Frau in Saalfeld.

Die Nazi-Provokation am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeiterklasse, zeigt, daß sich der Nazi-Terror gegen Immigranten letztlich gegen die Gewerkschaften richtet. Heute wachsen und nähren sich die Nazis aus der Krise des Kapitalismus, der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und aus der damit verbundenen Demagogie gegen Immigranten, die von Regierung und SPD verbreitet wird.

Heute haben die Nazis, verglichen mit der organisierten Arbeiterbewegung, das Gewicht einer Fliege, aber sie wachsen mit jeder Mobilisierung. Ihre ersten Opfer sind die verwundbarsten Teile der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Morgen werden sie sich direkt gegen die Arbeiterorganisationen richten; zur Zerschlagung von Streiks, Gewerkschaften, Kundgebungen der Arbeiterklasse. Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, zerstörten sie alle Arbeiterorganisationen und ermordeten im Holocaust Millionen Juden, Roma und Sinti, Kommunisten, Homosexuelle. Wie Leo Trotzki 1932 warnte:

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror... Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten... Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören...“ (*Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*, Januar 1932)

Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterbewegung in Aktion tritt. Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Die Arbeiter sind in den Betrieben organisiert – wenn sie streiken, stehen die Räder der Industrie still. Sie produzieren den gesamten Reichtum der Gesellschaft, aber die Früchte ihrer Arbeit werden von den kapitalistischen Profitmachern gestohlen. Die integrierte Arbeiterbewegung hat nicht nur die Macht, das faschistische Pack zu stoppen, sie hat die Macht, die Menschheit vom kapitalistischen Profitsystem zu befreien. Die Faschisten sind die Kettenhunde der Bourgeoisie, die als letzter Ausweg von der Leine gelassen werden, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Daher muß der Kampf gegen den Faschismus ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution gegen das gesamte kapitalistische System sein.

In allen Schlüsselindustrien wie Bergbau, Metall, Auto, Chemie arbeiten die aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeiter Seite an Seite mit den deutschen Arbeitern und sind zusammen in der Gewerkschaft organisiert. Die Arbeiterbewegung muß für volle Staatsbürger-

rechte für alle Immigranten kämpfen. Die Mobilisierung der deutschen und eingewanderten Arbeiter, gemeinsam als vereintes Proletariat, ist strategisch wichtig für die Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und gegen die Faschisten. Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die prokapitalistischen Gewerkschaftsspitzen.

Kleine Gruppen von Linken und Autonomen – wie mutig sie auch sein mögen – sind für die Bullen eine leichte Beute. Was wir brauchen, sind Massenmobilisierungen der Gewerkschaften, mit ihren zahlreichen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeitern, und die Unterstützung von Homosexuellen, Juden, Flüchtlingen, Linken und allen anderen potentiellen Opfern der Faschisten, um die Nazis am gleichen Ort und zur gleichen Zeit zu stoppen, wo diese ihre Provokation planen, und um sie zurück in ihre Rattenlöcher zu jagen. Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Die prokapitalistische Gewerkschaftsführung von SPD und PDS will den Nazis kein Haar krümmen. Das ist der Grund, warum sie Ablenkungsmanöver planen und ohnmächtige antirassistische Kundgebungen zu einer anderen Zeit oder weit entfernt vom Aufmarschort der Nazis organisieren. Sie hoffen, daß linke Gegendemos als Gefahr für den „Rechtsstaat“ des Vierten Reichs gesehen und als Konsequenz beide – die Linken und die Nazis – verboten werden. Damit würde den Nazis die Straße freigeräumt werden. Die sozialdemokratischen Irreführer bereiten eine Niederlage vor, die sogar das entzliche Schauspiel der 5000 Nazis übertrifft, die im März letzten Jahres ungehindert durch das sozialdemokratische München marschierten. Linke und Immigranten in Leipzig bereiten sich darauf vor, ihre Zentren gegen Anschläge der Faschisten zu verteidigen, die bereits am vorigen 1. Mai in Leipzig und Umgebung wüteten, nachdem eine ähnliche Nazi-Provokation verboten worden war.

Eine Einheitsfront ist eine Taktik, mit der die Arbeiter- und Immigrantensorganisationen in der Aktion vereint werden, um die Nazis zu stoppen. Wer dieser Konfrontation mit den Nazis aus dem Weg geht, läßt zu, daß dieser Abschaum sein rapides Wachstum und den mörderischen Terror fortsetzt. Im Gegensatz zu einer „Koalitions“politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, wo besonders revolutionäre Ansichten zensiert werden, hat jede an der Einheitsfront beteiligte Organisation das volle Recht, ihr eigenes Programm in ihren Reden und ihrer Propaganda auszudrücken, und behält die volle Freiheit der Kritik. Durch die offene Auseinandersetzung der verschiedenen Ansichten erhöht sich das Bewußtsein und werden die konkurrierenden politischen Programme erprobt.

Wie die SPD 1933 vertrauen die Gewerkschaftsbürokraten heute auf die Wahlurne und sagen „Staat, greif zu“, indem sie fordern, daß die Bullen und die Gerichte die Nazis und ihre Aufmärsche verbieten sollten. Hitler kam ohne Widerstand von SPD und KPD an die Macht. Die Sozialdemokratie unterstützte Hindenburg, der Hitler auf Basis der Weimarer Verfassung zum Reichskanzler ernannte. In Deutschland sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges wiederholt Nazis verboten worden, doch das hindert sie nicht im geringsten daran, ihren mörderischen Terror auszuüben. Appelle an den Staat sind utopisch und schaffen innerhalb der Arbeiterklasse nur Illusionen in den bürgerlichen Staat. Gesetze, die sich gegen die Faschisten richten, werden letztlich gegen die Arbeiterorganisationen eingesetzt werden.

Während des Nazi-Aufmarsches in München voriges Jahr hielt ein Sprecher des pseudotrotzkistischen Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), weit entfernt vom Aufmarschort der Nazis, eine Rede – an die Bullen! Mit den Worten „Meine Damen und Herren Polizisten!“ appellierte er an diesen bewaffneten Arm des Staates, daran zu denken, daß kürzlich einer der ihren von einem Nazi umgebracht

wurde, und bedauerte, daß „Staat und Polizei uns nicht schützen können und wollen“ (Leserbrief „RSB-Zentrist rechtfertigt Appell an Polizei“, *Spartakist*, Juni/Juli 1997).

Die Cliff-Anhänger von Linksruck erklärten München zu einem Sieg, und ihre britischen Genossen behaupten, daß Bullen ein Teil der Arbeiterbewegung seien; sie führten Lesezirkel mit Gefängnisbullen durch und jammerten: „Sind wirklich alle Bullen Schweinehunde?“ (*Socialist Worker*, 8. Februar 1997). Das ist reformistischer Unsinn. Lenin beschreibt in *Staat und Revolution* den Staat als „besondere Formationen bewaffneter Menschen“ und macht klar, „daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine‘ zerschlagen, zerschlagen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf.“ Und die Oktoberrevolution 1917 hat das vollauf bestätigt. Trotzki prangerte 1932 die Illusio-



Spartakist

Spartakist-Protest im September 1995 gegen imperialistische Bombenangriffe auf bosnische Serben. Für Revolutionäre steht der Hauptfeind im eigenen Land!

nen der SPD in „ihre“ Polizei an:

„Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nicht auf die ‚Eiserne Front‘, sondern auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rechnung! Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen. Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterläßt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.“

Die reformistischen DGB-Bürokraten mobilisieren zum 1. Mai in Leipzig, um Wahlveranstaltungen für SPD und PDS durchzuführen, die sie als „kleineres Übel“ bei den Bundestagswahlen im Herbst anpreisen. Eine SPD-Regierung wird genau wie die CDU-Regierung eine Regierung des deutschen Kapitals sein. Die Sozialdemokratie hat nicht einmal Reformen anzubieten, sondern führt die Entlassungen, den Sozialabbau und brutale rassistische Angriffe auf Immigranten durch; sie bedroht damit die Existenz der arbeitenden Massen und treibt das Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten.

Fortgesetzt auf Seite 20

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 19

Einen Vorgeschmack darauf, wie das „kleinere Übel“ einer SPD-Regierung aussehen wird, gibt Hamburg. Unter dem Vorwand der „Bekämpfung von Drogen und Kriminalität“ sind staatliche Repression gegen Immigranten, Massenabschiebungen und Bullenterror tägliches Erscheinungsbild in der SPD-Hochburg. So führten im März die rassistischen Bullen einen pogromartigen Überfall auf das Wohnschiff „Bibby Kalmar“ durch. Vor laufenden Kameras überfielen 450 Bullen vom Land und vom Wasser aus das Wohnschiff, auf dem über 330 Asylbewerber zusammengepfercht sind. Bei der rassistischen Aktion wurden 53 Bewohner festgenommen, die meisten, weil sie angeblich nicht die „richtigen“ Papiere vorweisen konnten, und drei von ihnen wurden kurz danach in den Abschiebeknast gesteckt. 1996 kam der Flüchtling Jude Abubaka aus Sierra Leone bei einer ähnlichen Polizeiaktion ums Leben, als er ins Wasser sprang und die Bullen am Ufer so lange warteten, bis er ertrunken war. Ein schwarzer Aktivist der Black Students Organisation mobilisierte gegen diesen Terror und protestierte dagegen, daß die Polizei nicht



Berlin-Hellersdorf, Februar 1997: Durch scharfen politischen Kampf gegen die reformistische PDS, die ein „Verbot“ der Nazis forderte und einen ohnmächtigen Protest abhielt, gelang uns militante Mobilisierung von Nazigegnern, die eine NPD/JN-Provokation an diesem Tag verhinderte

belangt wurde. Er wurde wegen Beleidigung angeklagt, zu einer Geldstrafe verurteilt und sieht sich einer Polizeivendetta gegenüber.

Weit davon entfernt, eine Barriere gegen den Faschismus zu sein, bereitet die Sozialdemokratie diesem Mordgesindel den Weg! Wie Trotzki 1929 („Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“) zusammenfaßte:

„In Österreich wie in allen anderen Ländern tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht ... Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muß ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen. Die österreichische Sozialdemokratie tut, was sie kann, um ihm diese chirurgische Operation zu erleichtern.“

Um gegen die Faschisten kämpfen zu können, muß man

gegen den Kapitalismus kämpfen. Die dringendsten Aufgaben, vor denen wir heute stehen – von vereinten Arbeiteraktionen, um die Faschisten zu zerschlagen, über Gegenwehr gegen die kapitalistischen Kampagnen gegen Immigranten, bis zur Organisation von siegreichen Streiks – erfordern einen kompromißlosen Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ihre reformistischen und zentristischen Wasserträger. Das heißt, wir müssen eine revolutionäre Partei schmieden, um die SPD und die PDS auf dem Amboß des Klassenkampfes zu spalten und ihre proletarische Basis zu einem revolutionären Programm zu gewinnen. Diese sozialdemokratischen Parteien sind, wie Lenin erklärte, bürgerliche Arbeiterparteien: mit einer proletarischen Basis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm. Eine revolutionäre Partei muß dem Kampf für die Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung eines Arbeiterstaates verpflichtet sein.

Kapitalistische Konterrevolution schürte Nazi-Pest

Der Anstieg des faschistischen Terrors in ganz Europa ist ein direktes Ergebnis der Konterrevolution in der DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion. Die deutsche Bourgeoisie hat die Industrie der ehemaligen DDR niedergewalzt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist auf offiziell 4,63 Millionen gestiegen – die höchste Arbeitslosenrate seit dem Zweiten Weltkrieg –, und in Ostdeutschland liegt sie in vielen Bundesländern bei 25 Prozent und höher. Ganze Gebiete sind verwüstet und viele Menschen haben keine Zukunft. Die ins Elend gestoßenen Arbeitslosen sind haßerfüllt gegen dieses System und suchen nach einer radikalen Lösung. Die Faschisten rekrutieren durch den rassistischen Terror unter diesen Schichten und wachsen in den zerstörtsten Gebieten am stärksten.

Wir Trotzkiisten haben für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und interne Konterrevolution gekämpft. Unsere Internationale mobilisierte im Herbst 1989 alle unsere Reserven, um in der Schlüsselperiode im Winter 1989/90 bis zur Volkskammerwahl zu intervenieren. Wir riefen auf: „Für Arbeiter- und Soldatenräte“, „Für ein Rotes Rätendeutschland“, „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“. Wir waren die einzigen, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpften und warnten, daß sie Massenarbeitslosigkeit, den Anstieg des Nazi-Terrors und Angriffe auf Frauenrechte bedeutete sowie verschärfte interimperialistische Rivalitäten und damit die Gefahr eines neuen Weltkriegs. Wir benannten die SPD als das, was sie ist: das Trojanische Pferd der Konterrevolution. Und wir hatten recht.

Im Januar 1990 initiierten wir eine Arbeitermobilisierung gegen die faschistische Schändung des Treptower Ehrenmals für die Rote Armee, die Hitlers Nazis zerschlagen hat. Wie unsere Vorläufer, die Trotzkiistische Liga Deutschlands und die frisch gegründeten Spartakist-Gruppen in der DDR, im Aufruf zu dieser Demonstration warnten:

„Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem

wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Jetzt das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“

Wir verteilten mehr als 130 000 Flugblätter bei den U- und S-Bahnhöfen, in den Arbeiterbezirken, vor Fabriken und besonders an ausländische Arbeiter. Es waren die Fabrikarbeiter, die das Rückgrat dieser Mobilisierung bildeten, und nachdem die SED-PDS dazu gezwungen war, den Einheitsfront-Aufruf zu unterstützen, kamen 250 000 am 3. Januar nach Treptow, um zu protestieren.

Bei dieser Kundgebung rief Renate Dahlhaus für die IKL zur politischen Revolution auf, um die stalinistischen Bürokraten in der DDR zu stürzen, und für eine soziale Revolution, um den Kapitalismus in Westdeutschland zu stürzen – als einzigen Weg, um den kapitalistischen Anschluß zu stoppen. 250 000 hörten Trotzismus versus Stalinismus, die IKL versus SED-PDS-Gysi. Es war das erste Mal, seit Trotzki aus der Sowjetunion ausgewiesen und die Linke Opposition zerschlagen worden war, daß Trotzki in der Lage waren, zu einer Massenzuhörerschaft in einem deformierten Arbeiterstaat zu sprechen.

Wir waren die einzige Partei, die die Wahrheit über den Kapitalismus und den Kampf gegen die Konterrevolution sagte. Die Cliff-Anhänger von Linksruck und ISO bejubelten die Konterrevolution genauso, wie sie die antisemitische klerikale Solidarność und die Mudschaheddin in Afghanistan hochgejubelt hatten. In dem Artikel „Daniel Jonah Goldhagen: ‚Hitler’s willing executioners‘ – Wer waren die Täter“ macht sich Linksruck sogar zum Verteidiger der „Ehre“ der jungen Nazi-Sturmtruppen: „Ist der einfache Hitler-Junge genauso schuld, wie der Industrielle, der Hitler an die Macht finanzierte?“ Das ist das Ergebnis von Jahren von begeisterter Unterstützung für jede antikommunistische Bewegung auf dieser Welt, und war genau zu erwarten von einer Gruppe, die tief in der rassistischen, sozialchauvinistischen SPD begraben ist. So rief Linksruck kürzlich zur Wahl der SPD sogar in Hamburg auf – wo die SPD eine Wahlkampagne führte, die international als die rassistischste Kampagne gesehen wurde, die man in Deutschland seit Jahren erlebt hat.

Als die DDR von den westdeutschen Imperialisten verschlungen wurde, nahmen die Pabloisten, die jetzt im RSB organisiert sind, Alka-Seltzer, während ihre französischen Genossen der LCR mit Champagner feierten. Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) trat ein für das „Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen“ (Voran, Februar 1990). Was für ein jämmerliches Beispiel von deutsch-nationalistischen „Marxisten“. Sie alle unterstützten die Konterrevolution in Polen, der DDR und der Sowjetunion.

Die von der SED/PDS geführte Konterrevolution in der DDR bedeutete die Zerschlagung der Planwirtschaft, die, obwohl sie grotesk stalinistisch deformiert war, allen – Frauen und Männern, Alten und Jungen – Arbeit und Auskommen garantierte. Unter der kapitalistischen Wiedervereinigung waren die Frauen die ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren, während die Abtreibungsrechte scharf angegriffen wurden. Mit der Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion, DDR und Osteuropa trägt die vorgebliche Linke ihren Teil der Verantwortung für die Verelendung der Massen und den Anstieg des faschistischen Terrors.

Gegen Volksfrontpolitik

Die Sozialleistungen, die jetzt in Westeuropa unter Beschuß stehen, wurden in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt, um die von den Kapitalisten gefürchtete

„kommunistische Gefahr“ abzuwenden. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien darangegangen, den „Sozialstaat“ zu demontieren.

Heute sind es in Europa die Sozialdemokraten, die bei der Verwaltung der kapitalistischen Austerität die Drecksarbeit für die Bourgeoisie machen. In Deutschland deutet alles auf eine SPD-Regierung hin, möglicherweise in einer Koalition mit den bürgerlichen Grünen, wie sie bereits mehrfach auf Länderebene besteht. Aber selbst eine SPD-Alleinregierung (egal ob von der PDS unterstützt oder nicht) wäre nichts anderes als eine kapitalistische Regierung, die die Angriffe auf die Arbeiter und Immigranten durchführt. In Ländern wie Italien und Frankreich verwalten die Sozialdemokraten in Koalitionen mit vollständig bürgerlichen Parteien den kapitalistischen Staat. Die IKL ist prinzipiell gegen jede Unterstützung solcher Volksfrontkoalitionen, ob an der Regierung oder in Opposition, und wir sind gegen jede Stimme für Arbeiterparteien in Volksfronten. Unsere Genossen in Frankreich, die Ligue trotskyste de France, riefen gegen jede Stimme für Jospins SP oder die KPF auf. Während die Arbeitslosigkeit in die Höhe schießt und die Jospin-Regierung Immigranten aus dem Land schmeißt, werden Le Pens Faschisten weiter ermutigt. Wie Trotzki hervorhob: „Die ‚Volksfront‘ auf der einen Seite – der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution“ („Übergangsprogramm“, 1938).

Die reformistischen Irreführer ordnen die Arbeiterinteressen der Bourgeoisie und ihrem Staat unter. Wie Trotzki betonte, müssen die Gewerkschaften vollständig unabhängig vom kapitalistischen Staat sein: „Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden“ („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“, August 1940). Die Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen Staat ist symbolisiert durch die „Gewerkschaft“ der Polizei, der professionellen Streikbrecher und rassistischen Schläger der Bosse. Wir fordern: Bullen raus aus dem DGB!

Es sind die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die den Klassenkampf der Arbeiter (wie den Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1997) sabotiert und ihnen die Entlassungen reingewürgt haben. Gleichzeitig spalten diese Arbeiterverräter das Proletariat durch Chauvinismus und Rassismus. Der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel rief zu Quoten für ausländische Arbeiter auf. Mit solcherart Dreck spielt er direkt in die Hände des faschistischen Mobs.

Die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der chauvinistischen deutschen bürgerlichen Gesellschaft entfremdet sind, können eine lebenswichtige Rolle im Kampf gegen den deutschen Imperialismus spielen. Die soziale Macht des Proletariats muß zur Verteidigung aller Unterdrückten mobilisiert werden. *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Notwendig ist der Kampf für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht, um die Arbeit auf alle Hände aufzuteilen und den Lebensstandard der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Die Versuche der Bosse, ein Zwei-Klassen-Lohnssystem zu schaffen, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuheizen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Die Krise der Arbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen am härtesten getroffen. Wir fordern

Fortgesetzt auf Seite 22

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 21

gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen zu erreichen, muß man die Massen systematisch für die proletarische Revolution mobilisieren.

Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale von 1938 zeigt klar, wie die revolutionäre Partei den Kampf zur Mobilisierung des Proletariats für die Machtgreifung mit dem Kampf gegen die Faschisten verbindet:

„Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik – und endet auf der Straße. Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Kernpunkte der faschistischen Armee. *Arbeiterstreikposten* sind die Kernpunkte der proletarischen Armee. Davon muß man ausgehen. Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung von *Arbeitergruppen zur Selbstverteidigung* propagieren.“

Pseudolinke kriecht Sozialdemokratie hinterher

Mit ihrer antileninistischen Konzeption, daß der Staat neutral sei und über den Klassen stehe, besteht die Politik von reformistischen Gruppen wie ISO und Linksruck und vom zentristischen RSB darin, die Sozialdemokraten zu wählen. Linksruck: „Wählt SPD – ohne Illusionen“, ISO: „Das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung ... machen“ (*Linke Offensive*, Januar 1998), RSB: „Denkbar ist hingegen eine kritische Wahlaussage für die PDS“ (*Avanti*, Dezember 1997). Ein Wahlauf Ruf für die PDS ist einfach eine Methode, durch die Hintertür eine SPD-Regierung zu unterstützen. Die PDS ist das erbärmliche Überbleibsel der stalinistischen Bürokraten der SED, die die DDR kampfflos an den Kapitalismus ausverkauft haben. Sie ist Modrows/Gysis „Deutschland, einig Vaterland“-Partei.

Diese Gruppen verbreiten alle die Illusion, daß die verräterischen Sozialdemokraten durch Druck dazu gebracht werden könnten, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen. Linksruck sagt: „Volle Kraft gegen Kohl! DGB muß kämpfen!“, „Was Schröder bringen muß: -> 100% Lohnfortzahlung für alle!“ Genauso die ISO: „Alle Antifaschisten, Antirassisten, Sozialdemokraten, Sozialisten müssen sich gegen die Faschisten zusammenschließen. Hier liegt die größte Verantwortung bei den Sozialdemokraten. Sie sitzen in den Parlamenten und haben auch Einfluß bei den Gewerkschaften“ (*Linke Offensive*, Juni 1997).

Die zentristische Sozialistische Aktion/Arbeitskreis Kommunistische Politik (AKP) will sich als links davon darstellen und druckt ausführliche Auszüge aus der *Permanenten Revolution* ab, der Zeitung der deutschen Trotzlisten Anfang der 30er Jahre. Tatsächlich besteht die Linie von AKP darin, andauernde Propagandablöcke mit anderen sogenannten „antifaschistischen“ Gruppen zu bilden auf Grundlage der Volksfrontlinie „gemeinsam gegen rechts“. So brachte die AKP zu den Europa-Wahlen im Juni 1994 eine gemeinsame Erklärung mit der Antifaschistischen Aktionsgruppe, dem Demokratischen Arbeiterverein aus der Türkei, dem Autonomen Antifa Café und anderen heraus, wo stand:

„Verhindern wir den Einzug der Faschisten ins Europaparlament! Keine Stimme den Rechten! Keine Stimme den Faschisten von REP und NPD! ... Jede Stimme für Faschisten und Rechtsextreme ist ein Signal an die Herrschenden, mit ihrer Politik des sozialen Kahlschlags weiterzumachen!“

Das ist ein kaum verhüllter Aufruf, SPD, PDS oder die bürgerlichen Grünen zu wählen, von denen keine in dieser Erklärung kritisiert oder auch nur erwähnt wird. Überdies

ist die Idee, daß der Faschismus an der Wahlurne gestoppt werden könnte, übelster parlamentarischer Kretinismus. Trotzki polemisierte in den 30er Jahren scharf gegen zentristische Organisationen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die unter dem Deckmantel eines Aufrufs für eine „Einheitsfront“ dafür eintraten, daß linke Organisationen sich in Propagandablöcken zusammenschließen, um gemeinsame Kandidaten zu stellen, die „gemeinsam gegen rechts“ kämpfen. Trotzki schrieb in *Was nun?*:

„Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist die Einheitsfront unzulässig. Die Propaganda muß sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm. Getrennt marschieren, vereint schlagen. Der Block dient lediglich praktischen Massenaktionen. Spitzenabkommen ohne prinzipielle Grundlage können nichts als Verwirrung bringen.“

Eine Einheitsfront ist *kein* politischer Block, der die programmatischen Unterschiede verwischt, sondern bedeutet ganz im Gegenteil, daß verschiedene Organisationen der Arbeiterbewegung in einer gemeinsamen *Aktion* kämpfen, bei der jede Organisation ihre eigenen Banner und Losungen trägt, bei völliger Freiheit der Kritik. Eine Einheitsfront ist eine Taktik der Kommunisten, um das Proletariat in der Aktion gegen seinen Klassenfeind zu vereinen, während sie gleichzeitig uns Kommunisten in die Lage versetzt, die Überlegenheit unseres Programms gegenüber den Programmen der Reformisten und Zentristen zu demonstrieren.

Trotzki kritisierte scharf diejenigen, die die Einheitsfront zum Fetisch erhoben, und bemerkte: „Der Zentrist schwört auf die Einheitsfrontpolitik, wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht“ („Der Zentrismus und die IV. Internationale“, 1934). Und in *Was nun?* schrieb er:

„Jedenfalls kann die Einheitsfrontpolitik nicht einer revolutionären Partei als Programm dienen. Darauf ist aber die gesamte Tätigkeit der SAP aufgebaut. Als Ergebnis wird die Einheitsfront ins Innere der Partei hineingetragen, d. h. sie dient zur Verwischung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Tendenzen. Aber gerade das ist die wesentliche Funktion des Zentrismus.“

Im Kampf für den Aufbau dieser revolutionären Partei stellen die pseudotrotzkistischen Zentristen das Haupthindernis dar. Zentrismus läßt sich beschreiben als revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Zerstörung der Sowjetunion hat zu rivalisierenden Handelsblöcken und zu verschärften interimperialistischen Konflikten über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten geführt, was letztlich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bedeutet. Die Europäische Union ist ein vom deutschen Imperialismus dominierter Wirtschaftsblock, der ein Mittel zur Zusammenarbeit der Kapitalisten gegen die werktätigen Massen Europas ist. Dieser Handelsblock dient dem Zweck, gegen die von den USA und Japan dominierten Handelsblöcke um Märkte zu konkurrieren. Unter dem Kapitalismus ist die Idee einer friedlichen Vereinigung Europas ein Hirngespinnst: Sie ist nur möglich mit den Kriegsmitteln eines Hitler. Als proletarische Internationalisten lehnen wir von der IKL die EU ab. Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für ein rotes Rätedeutschland! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die deutsche Patenschaft für den Massenmord an den Kurden, der von der türkischen Bourgeoisie ausgeübt wird, ist Ausdruck der imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie. Mobilisierungen der Gewerkschaften, um Waffentransporte in die Türkei zu stoppen, wären ein Akt des proletarischen Internationalismus, mit dem die Solidarität

unter deutschen, türkischen und kurdischen Arbeitern vorangebracht werden könnte. Das besonders von der SPD betriebene Verbot der PKK ist die Speerspitze des rassistischen Staatsterrors. Während wir nicht mit dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK übereinstimmen, verteidigen wir die PKK gegen staatliche Repression. Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Türkische Armee raus aus Kurdistan! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Stoppt Abschiebungen durch Arbeiterstreiks! Asyl für die Kurden und alle, die vor rechtem Terror fliehen!

Die Kriegsdrohungen der USA gegen den Irak im Januar waren auch eine Zurschaustellung der Militärmacht gegenüber ihren genauso räuberischen Rivalen, dem deutschen und dem japanischen Imperialismus, um erneut ihre Kontrolle über die Ölfelder des Nahen Ostens geltend zu machen. In unseren internationalen Protesterklärungen im Januar riefen wir auf: Verteidigt Irak gegen US-Angriff! Nieder mit der UN-Hungerblockade! Bundeswehr raus aus dem Balkan! Der Balkan ist für die deutsche Bourgeoisie von strategischer Bedeutung, nicht zuletzt, weil ihr projizierter Landweg zu den Ölreserven des Persischen Golfs der Trasse der alten Berlin-Bagdad-Bahn entspricht, durch den Balkan nach Istanbul und durch die Türkei hindurch. Außerdem kommt ein Großteil der gegenwärtigen Öllieferungen nach Deutschland aus Rußland, Libyen und Saudi-Arabien über die Dardanellen und die Adria auf dem Weg zur transalpinen Pipeline, die in Triest anfängt.

Angesichts der wachsenden interimperialistischen Rivalitäten bekräftigen wir: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Die Linksruck-Jusos dagegen waschen in ihrem „Antikriegs“-flugblatt die Verbrechen der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz weiß, die zwei Weltkriege geführt hat: „Der rücksichtsloseste Aggressor sind die USA selbst. Kein anderes Land hat auch nur annähernd sooft Krieg geführt, wie die USA, z. B. in Korea, Vietnam, Grenada, Panama, Honduras, Irak.“ Was ist mit dem deutschen Imperialismus,

der im Ersten Weltkrieg Millionen ermordet hat, und mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Unternehmen Barbarossa und dem Holocaust!

In der Erklärung des RSB zur Golfkrise (*Avanti*, März 1998) fordert dieser „US-Truppen raus aus der Golfregion!“ und „Türkische Truppen raus aus dem Irak!“ und druckte einen antiamerikanischen Cartoon zum Balkan ab. Doch die Forderung „Bundeswehr raus aus dem Balkan“ erhebt er nicht. Im Gegenteil! Während die Armee des deutschen Imperialismus 1993 wieder in den Balkan einmarschierte, argumentierte der RSB für eine Wehrpflichtigenarmee! Und im Januar dieses Jahres pries er die Bundeswehr: „Es gibt ohne Zweifel auch engagierte demokratische Offiziere... Der Bundeswehrverband ... ist keineswegs ein reaktionärer Haufen. Die Mehrheit der Offiziere gibt sich liberal und technokratisch.“ Eine Ausgabe später bedauerte er, daß die Grünen für Bundeswehreinsätze sind, aber „natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den KurdInnen oder den Genozid an den Tutsis.“ Was ist das anderes als ein Aufruf an den deutschen Imperialismus, dort direkt militärisch zu intervenieren? Kurz gefaßt steht der RSB für: US-Truppen raus, türkische Armee raus und deutscher Imperialismus rein! Das ist sozialchauvinistische Loyalität zur eigenen Bourgeoisie!

Wir Trotzkiten sagen dagegen: Kein Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Armee! Deutscher Imperialismus – Hände weg vom Nahen Osten!

Der einzige Weg zum Sturz des Imperialismus ist durch die internationale proletarische Revolution. Wir streben danach, vorwärtszugehen zu neuen Oktoberrevolutionen in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für den Aufbau einer Avantgardepartei, einer revolutionären Weltpartei, die notwendig ist, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu heben, damit sie ihre historische Aufgabe verwirklichen kann, die Eroberung der Staatsmacht überall auf der Welt. Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Schließt euch uns an! ■

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 8

Ihr bürgerlich-demokratisches Programm führt die PRD notwendigerweise dazu, nach guten Amtsträgern des „demokratischen“ Imperialismus Ausschau zu halten. In einem Interview in *Green Left Weekly* (11. März), der Zeitung der Democratic Socialist Party (DSP), erklärte PRD-Führer Sudjatniko: „Die Diktatur kann wegen der Vetternwirtschaft und der Monopole, die von Suharto kontrolliert werden, nicht die von den USA gewünschten Reformen des freien Markts garantieren. Deshalb haben wir zur Zeit ein gemeinsames Interesse daran, uns gegen dieses korrupte Regime zu stellen.“ Solche Appelle an die imperialistischen Schlächter sind auch gang und gäbe für die reformistische DSP, die als Presseagent für die PRD agiert. Die DSP hat jahrelang die rassistischen australischen Herrscher dazu aufgerufen, das Suharto-Regime unter Druck zu setzen, und gleichzeitig imperialistische UN-Besatzungen von Somalia über Kambodscha bis Zaire bejubelt.

Währenddessen wiederholt die Internationalist Socialist Organisation (ISO, in Deutschland Linksruck) die imperialistische Propaganda und setzt die Studentenproteste gegen Suharto groteskerweise mit dem antikommunistischen Mob gleich, der „eine Rolle dabei spielte, das frühere Sukarno-Regime zu Fall zu bringen“ (*Socialist Worker*, 6. März). Diese elenden Reformisten verbreiten sogar die Illusion, Megawati und Rais könnten „eine revolutionäre Bewegung der Armeebasis (schaffen), um sie von unten zu spalten“. Die

britische Mutterorganisation der ISO, Tony Cliffs Socialist Workers Party (die die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion bejubelte), hat an den Labour-Premierminister Tony Blair eine Petition gerichtet, er möge doch Waffenverkäufe nach Indonesien stoppen „entsprechend der ‚ethischen‘ Außenpolitik von New Labour“. Dieses Kriechen vor der rassistischen, gewerkschaftsfeindlichen Blair-Regierung – deren Vorstellung von „ethischer“ Politik darin besteht, Polizeiterror gegen Katholiken in Nordirland auszuüben und mit der Bombardierung irakischer Frauen und Kinder zu drohen – wirft ein Schlaglicht auf die zutiefst sozialdemokratische Politik der Cliff-Anhänger.

Revolutionär gesinnte Kämpfer in Indonesien müssen sich in Acht nehmen vor diesen „sozialistischen“ Apologeten des imperialistischen Terrors, die die Lüge der Bourgeoisie über den „Tod des Kommunismus“ geschluckt haben. Die Militärdiktatur und ihre imperialistischen Herren wollten sicherstellen, daß alles, was nach Kommunismus riecht, unter einem Berg von Leichen begraben wird. Aber durch die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus wird eine neue Generation von Arbeitern und radikalisierten Jugendlichen in den Kampf hineingezogen. Aus dieser Schicht muß durch das Studium der teuer bezahlten Lehren des revolutionären Marxismus der Kern einer leninistischen Avantgardepartei zusammengeschmiedet werden – eine Fusion von revolutionären Intellektuellen, die sich von ihrer Klasse getrennt haben, mit klassenbewußten Arbeitern. Für Arbeiterrevolution in Indonesien! Für internationale sozialistische Revolution!

Nach *Workers Vanguard* Nr. 691, 22. Mai 1998

SPARTAKIST

**Brecht mit der Sozialdemokratie –
Baut eine revolutionäre Arbeiterpartei auf!**

Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Sechs Wochen nach dem Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig – eine der massivsten faschistischen Provokationen seit Jahrzehnten – marschierten am 20. Juni erneut 400 Mann dieses Nazi-Abschlags durch den Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen und terrorisierten dessen Bewohner.

Zur gleichen Zeit veranstaltete die PDS-geführte Volksfront „Erfurter Erklärung“ im Zentrum Berlins eine Demonstration mit 80 000 Teilnehmern „Für eine andere Politik!“ – sprich „Wählt Schröder“. Die Kontingente von Gewerkschaftern und Immigranten auf dieser Demo hätten die Nazis von den Straßen Berlins fegen können. PDS und SPD aber hatten im Vorfeld der Demonstration jede Stimmung, die Nazis zu stoppen, niedergewalzt und in die Volksfront-Demo für eine SPD-geführte Regierung kanalisiert. Insbesondere die PDS wollte der deutschen Bourgeoisie zeigen, daß diese sich auf sie verlassen kann. *Neues Deutschland* titelte deshalb am 19. Juni: „Keine Konfrontation – Rechter Aufmarsch verlegt“. Im Kampf gegen diese reformistischen Arbeiterverräter intervenierte die SpAD mit dem unten abgedruckten *Spartakist*-Extra vom 27. April für

die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten im eigenen Klasseninteresse, um die Nazis an Ort und Stelle zu stoppen. Für dieses Programm ist der Aufbau einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse unerlässlich.

Daß die Nazis an diesem Tag in Hohenschönhausen für ihren Mordterror marschieren durften, war das Ergebnis der faktischen Koalition von PDS und SPD/CDU-Senat: Die PDS sorgte für „Keine Konfrontation“, die SPD-Senatoren hetzten gegen zu erwartende „linke Gewalt“, der SPD/CDU-Senat in der Person Schönbohms organisierte für die Nazis deren Aufmarsch in Hohenschönhausen, weg von der Volksfront-Demo. Der Senat stellte den Nazis vier BVG-Stadtbusse zur Verfügung und schickte Hunderte Bullen hin, um sicherzustellen, daß die 400 Nazi-Mörder ungestört die Einwohner der PDS-Hochburg terrorisieren konnten, von denen viele ihre Empörung zum Ausdruck brachten.

An diesem Tag haben PDS und „linke“ sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten gezeigt, daß eine SPD/Grünen-Regierung mit PDS-Unterstützung besser in der

Fortgesetzt auf Seite 17



Spartakist



Reuters

Spartakisten kämpfen für Arbeiteraktion gegen Nazis (links: SpAD-Block im Februar 1997 in Berlin), gegen Illusionen in staatliches Verbot. Oben: 1. Mai in SPD-Stadt Leipzig, Bullen-terror gegen Anti-Nazi-Demonstranten